

Bibl. Mont.

5413

<36606324990011



<36606324990011

Bayer. Staatsbibliothek

5113

Bibl.Mont

Verbreitung der ...

... ..

... ..

... ..

... ..

... .. Doktorwilde

... ..

... ..

... ..

Ueber den Begriff
von
Verbrechen und Vergehen,
und
deren rechtliche Folgen.

Ein Versuch

von
Fr. Xav. Reber,

bei Erlangung der juristischen Doktorwürde.

Landshut,

gedruckt mit Jos. Thomannschen Schriften.

1810.

Verbrechen beziehen sich durchaus nur auf das Recht als negative Bedingung des politischen Lebens. Die positiven Aeußerungen des politischen Lebens fallen in das Gebiet der Polizei, und ihre Verletzung heißt Vergehen.

Wagner in s. Grundriss der Staatswissenschaft und Politik §. 595.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Seinen
theuersten Brüdern,

Johann Peter Reber,

königl. baier. Taxator und Oberförster in Eichstädt,

Franz Wilhelm Reber,

königl. baier. Professor der Logik und Mathematik, dann
Studien-Präfekt zu St. Paul in Regensburg,

Franz Joseph Reber,

königl. baier. Geometer bei der unmittelbaren Steuer-Rek-
tifikations-Kommission in München,

zum

öffentlichen Beweis aufrichtiger

L i e b e

gewidmet.

V o r r e d e.

Schüchtern übergeb' ich den gegenwärtigen Versuch dem öffentlichen Urtheil; denn der Gegenstand dieser Abhandlung ist gerade noch einer von jenen, deren Wichtigkeit viele Rechtsgelehrte zu verkennen scheinen, so daß die Bearbeitung desselben leicht ihren Spott reizen könnte. Indessen schien mir doch eine Revision der Begriffe von Verbrechen und Vergehn sehr nothwendig, und es bestimmte mich wirklich zu der Unternehmung meine Ueberzeugung sowohl von der Natur der Sache, als ihrem hohen Interesse für den Zweck des Staates, für das Wohl seiner Bürger.

Man verkenne also meine Tendenz nicht, und erwäge die große Angelegenheit der Menschheit, welcher es hier gilt! — Wollten wir den gewöhnlichsten Veranlassungen der vor unsern Tagen eben nicht selten zur Erscheinung gekommenen sogenannten Justizmorde nachspüren; so würde es sich uns ungezweifelt ergeben, daß dieselben konsequent aus dem groben Fehler der Legislation entspringen mußten, weil diese durchaus in ihren Bestimmungen den wesentlichen Unterschied unerlaubter Handlungen verkannt, und also — in der gefährlichen Alternative befangen, eine geringe Rechtsverletzung entweder ganz ungestraft zu lassen, oder sie unter die Kategorie der eigentlichen Verbrechen zu stellen — eine solche gleichwohl oft dem peinlichsten Verfahren und der schwersten Strafe, relativ betrachtet, unterworfen hatte.

Ich halte die scharfe Trennung der unerlaubten Handlungen nach der wesentlichen Verschiedenheit ihres zweifachen Charakters

für die Radikalkur der Hauptgebrechen der ältern Kriminalgesetzbücher. Denn darnach ist es ein Leichtes, die Gradation des Verfahrens sowohl als der Strafen mit sicherer Konsequenz durchzuführen. Sind einmal zwei Klassen von unerlaubten Handlungen festgesetzt; so können sie auch nothwendiger Weise weder mehr einerlei Verfahrungsart, noch einerlei Strafen mit einander theilen.

Die mir bisher bekannt gewordenen Einwürfe habe ich zum Theil im Verlaufe der Abhandlung beantwortet, zum Theil sind sie aber auch so ungegründet, daß sie schon im Leben längst widerlegt sind. Gegen die Sache, die ich verfocht, kann man schwerlich viel Gründliches aufbringen — gegen meine Darstellung vielleicht um so mehr; darum bescheide ich mich gern meinerseits mit dem Bewußtsein, andererseits mit der gerechten Anerkennung meines guten Willens, wenn meinem Urtheil in derselben Sache die vollendete Reife des Mannes von Kennern

vielleicht mit Recht abgesprochen werden sollte. Dürfte aber dieser Versuch das Glück haben, als ein Beitrag zur Grenzberichtigung der kriminellen und polizeilichen Sphäre anerkannt zu werden; so hielt ich jede Mühe, die auf ungebahntem Wege immer am schwersten lastet, reichlich belohnt.

Landshut am 6. August 1810.

Der Verfasser.

E i n l e i t u n g.

§. 1.

Idee des Staates.

Nie wird uns die Idee des Staates entschwinden, wir mögen die Menschheit auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung oder der höchsten ihrer Verklärung ergreifen. Mit dem ersten Menschenpaar ward auch schon die Idee des Staates gegeben, a) so daß der Gedanke, die Menschheit habe je das Leben reiner Individualität gelebt oder leben können, der Vernunft durchaus nicht aufzudringen. Das Gegentheil ist selbst die Weltgeschichte mit Daten zu belegen fertig. Die Natur war es, welch eberu-

a) Darum ist man so gerne geneigt, das eheliche Verhältniß von der ideellen Seite betrachtet, den Staat im Kleinen zu nennen.

fen sich fand, den aus jenem Paar erblühenden Stamm zu organisiren — nicht nach anschaulicher Form (denn dieser muß erst durch die Reflexion gerufen werden) sondern nach der einfachen Unschuld der ersten Menschennatur. Jene Einheit war noch immer nichts mehr als Idee. Noch lebte nicht der Begriff des Rechts, noch war er nicht in seiner Verkörperung sichtbar; aber das Gefühl sprach sich aus. Als Abel den Kain erschlagen, richtete ihn kein Gesez; aber doch konnte er dem fürchterlichen Richter in seinem eignen Busen nicht entfliehn. Dadurch rechtfertiget sich denn jener Satz, daß Recht im Naturstaate Instinkt und Sitte sey. a)

Die Organisation der Völkerstämme, bloßes Werk der Natur, geht demnach der Bildung des Begriffstaates natürlich vorher. Zu jener führt die Koexistenz, zu letzterer die Reflexion.

§. 2.

Begriff der Staatsgesellschaft.

Das Treiben der Blüthe zur Frucht ist ein ewiges Gesez der Natur; ihm getreu strebt auch die Idee nach Verkörperung. Die Menschheit, den ersten Zustand der Natur verlassend, versucht sich durch den Begriff zu organisiren, und bald regt sich

a) Wagner's Grundriss der Staatswissenschaft und Politik.

Leipzig 1805. S. 376.

der Embryo der Staatsgesellschaft, als äußere neue Erscheinung. Nachdem durch die lebendige Realisirung der Idee der Menschheit Familien und Geschlechter entstanden, beginnt nun durch einen Akt der Reflexion die Staatenbildung als eine der wichtigsten Perioden ihres Lebens.

Diese datirt sich von dem Entschlusse der einzelnen Stämme, ihr Stammesoberhaupt mit dem Repräsentativcharakter oder dem Nymbus der Majestät zu umgeben. Nun treten Begriffe an die Stelle der vorher bloß physischen Verhältnisse im Innern des Volks, und das Leben des freieren Organismus beginnt in schöner lebenthätiger Harmonie des Einzelnen zum Ganzen. a) Je lebendiger wieder das Anschauen seiner selbst — ein beständiger Akt der Reflexion — desto höher steigt das politische Leben seine Kulturstufen hinan. Gerettet für immer ist die Selbstständigkeit des Rechts, als stehen-

a) Man berechne den ungeheuern Vortheil der Vereinigung in einen Staat vor dem bloßen sogenannten Naturzustande! Hier ist regellose Willkür — nicht Grund grenzenloser Freiheit, sondern vielmehr lästiger Zwang, der an Sklaverei grenzt; denn bei der Nothwendigkeit der Koexistenz ist sogar die Möglichkeit höchst gefährlicher und präkärer Existenz gegeben. Aber anders ist's im Staat! Er hebt zwar die bloße Privatwillkür auf, begründet aber durch einen vernünftigen Gesamtwillen die höchste menschliche Freiheit! und sichert nicht nur das höchste Recht der Existenz, sondern knüpft auch an die Koexistenz die Freude des Lebens!!

den Gesezes; ihre Garantie liegt, nachdem das Gefühl die Herrschaft an den Verstand abgetreten, in der wirklichen Uebersetzung des Naturzwanges in die nothwendige Erkenntniss. a)

Der Staat wird nun immer anschaulicher, je mehr Fortschritte die Bildung seiner äufsern Form macht, und diese wird um so klarer, je allgemeiner die Anerkennung der einmal angenommenen Begriffe — im Gegensaze des blinden Gehorsams zu werden beginnt, d. h. je deutlicher sich der Gesamtwille ausspricht. Doch hat die äufsere Form so lange keinen festen Bestand, bis nicht die innerlichsten Verhältnisse harmonisch geregelt sind. Denn die äufsere Kraft eines Staates ist ja nothwendig bedingt durch seine innere Kraft, und wohl auch umgekehrt. Daher müssen die Kultursperioden beider Formen immer gleichen Schritt sich halten. b)

a) Wenn der Staat nach Begriffen geschaffen wird, ist er nicht nothwendig mehr auf die Genesis des Volks beschränkt: die neue Völkerkrystallisation geschieht nun gleichfalls durch den Begriff einer Staatsgesellschaft. — In unsern Tagen ist das Amalgamiren verschiedener Völkertrümmer sichtbar.

b) Während dem Ausbilden einer Staatsgesellschaft kann wohl umgekehrt eine Verbildung geschehn: die Regierung hat sich dann auf was immer für eine Weise von dem wahren Regierungsprinzip entfernt, damit selbst das Volk verdorben, und falsche Rechtsbegriffe hervorgebracht. Wiederherstellung des Bildungsgesezes wird sei-

§. 3.

Nothwendigkeit der Gesetzgebung.

Es wird also Problem des politischen Organismus, das Leben Aller in sich gleich, wie das Leben der Einzelnen in Harmonie zu bringen. Die Privatverhältnisse der Individuen gegen einander müssen eben sowohl von einem festen Prinzip geleitet seyn, als der Staat auch in steter Selbstschauung leben muß — die Wechselwirkung der Totalität in die Individualität kann nie aufhören; denn die Einzelnen zusammen machen ja die Ganzheit aus, was jene berührt, ist dieser nicht gleichgültig.

An der Auflösung dieses Problems versucht sich der Gesamtwille zuerst durch Sanktionirung allgemeiner Bestimmungen für die Handlungsweise der Einzelnen, insofern diese in ihrem Wirken den Staat als den Gegensatz des Einzelnen berühren könnten. Daraus gehn die Grundgesetze des Staates hervor, welche zuerst seine Verfassung, dann das wechselseitige Rechtsgebiet Aller unter sich befrieden.

Die Nothwendigkeit der Gesetzgebung läßt sich aber aus folgenden Punkten darthun:

ner Zeit nothwendig, — ein Zeitpunkt, in dem sich jetzt fast alle Staaten Europa's befinden. Die Geburtsschmerzen der Wiedergeburt müssen ruhig übertragen, das Leiden aber nicht verlängert werden.

1) Die Menschheit, nach der Anlage ihrer Natur zu immer steigender Vollkommenheit berufen, gelangt sehr bald zu eigener Reflexion. Nun fühlt sie aber auch den lebendigen Drang, den Forderungen derselben zu entsprechen, weil eben sie nur sichere und frühere Erreichung hochgewiesener Bestimmung bezielen; das Resultat dieser vernünftigen Folgeleistung ist denn kein anderes, als die Vereinigung in einen Staat! ein wahrhaft glückliches Resultat!

2) Doch diese Staatsgesellschaft, die der allgemeinen Vereinigung mit Recht sich erfreuen darf, wird nur von präkärer Existenz seyn, wenn sie nicht bald eine sichere und zweckgemäße Organisation durch das Gesez erlebt. Das Staatsgebäude muß also, wenn es nicht ein bloßes Werk des guten Augenblicks seyn will, für dessen Konsistenz und Dauer nimmermehr zu bürgen, auf dem Gesez als auf seinem Grundstein gebaut seyn. Dieses nur hält seine Konstruktion fester als Marmor und Erz, weil es von Demantnatur durchaus keine totale Zertrümmerung leidet.

3) Durch das Gesez konstituiert sich das Recht des Staates, das Recht der Privaten. Beide in ihrem Komplex beschreiben den Wirkungskreis der Staatsgesellschaft. Will diese ihr Leben von leerer Bedeutungslosigkeit retten; so muß sie dem Geseze huldigen, denn das Gesez giebt demselben erst die Weihe der Kraft.

Durch wen und wie dem Geseze selbst gerufen werde, hängt von dem Charakter des Volkes

ab, ob dieser nämlich in allen Individuen noch gleich lebendig ist oder nicht. Er hat den größten Antheil an der Form der Staatsverfassung, die übrigens verschieden seyn kann.

Ist die Nothwendigkeit der Gesetzgebung erwiesen; so muß das Gesetz denn als Positives hervortreten zur Bestimmung sowohl der natürlichen als hypothetischen Rechte. Beide müssen durch dasselbe erst ihre höhere Sanktion erhalten, so daß nun jedem Staatsgliede die volle Verbindlichkeit zuwächst a), es zu erfüllen, und selbst mit der größten Sorgfalt alles zu vermeiden, was seine Nichterfüllung auch nur zum entferntesten Ziele haben könnte.

Das positive Gesetz löst die physischen Verhältnisse in Begriffe auf; darum je deutlicher diese sind, je natürlicher sie mit denselben übereinstimmen, desto gerechter, desto passender ist das Gesetz selbst, desto mehr — ist es ein solches. Natürlich muß sein Inhalt schon vorher gegeben seyn, weil eben der den Legislator veranlafte oder zwang, positiv jenes Verhältniß zu begründen — der gesetzliche Ausspruch, (das Bestimmen des Unbestimmten, das Ergänzen einer zweiten Natur über der ersten) bleibt aber immerhin Werk der Willkür und Eigenthümlichkeit des Staates. Daher das Wahre und Falsche zugleich in jenem Satze: „Positive Gesetze sind willkürlich.“

a) S. Wagner a. a. O. §. 385. „Alles Recht (im Staat) ist Zwangsrecht.“

§. 4.

Nothwendigkeit des Strafrechts.

Das Gesez muß genau beobachtet werden; es ist nach seiner positiven Darlegung keinem Staatsbürger mehr rechtlich möglich, das Gegentheil zu thun. Die hohe Wirksamkeit ist seine nächste Folge; es steht als Damm gegen jeden Akt der Willkür da. Physisch ist es wohl möglich, daß derselbe durchbrochen werde, aber dann ist es auch eben so gewiß als nothwendig, daß die Willkür durch das Gesez selbst wieder in ihre Schranken zurückgewiesen werde, weil dieses Kraft seiner hohen Natur nach jedem Bruche sich selbst wieder herstellt, und eigenmächtig jeden Widerstand aufhebt. Aber dabei kann natürlich der willkürlich Handelnde einen empfindlichen Gegendruck leiden müssen, je mehr dieser selbst wider das Gesez vorgeschritten war. Dieser lebendige Gegensatz macht die Strafe aus, und ist im Allgemeinen bei jedem Geseze nothwendig und wesentlich; es bleibt aber doch wieder Sache der Legislation, den Grad derselben Gegenwirkung zu bestimmen.

Das Gesez hat also als ein Positives zwei Seiten. Einmal spricht es geradezu die Garantie und Beständigkeit eines Rechtsverhältnisses aus, welches nun erst Zwangsrecht und Zwangsverbindlichkeit herbeiführt. Dann enthält es auch als Lebensprinzip ein Motiv, welches das Vehikel seiner allgemeinen Anerkennung ausmacht. Führt das

Gesez keine Strafe mit sich; so ist es schon keines. Wie die Biene mit dem Verluste ihres Stachels auch ihr Leben verliert, so ist die Strafe die erste Lebensbedingung des Gesezes; ohne dieselbe ist es kraftlos und leer — es ist gar nicht. a) Denn durch die Uebertretung des Gesezes, welches ein gewisses entweder besonders oder allgemeines Rechtsverhältniß im Staate begründen sollte, wird zugleich auch dieses verletzt. Folgt nun auf dieselbe keine Strafe aus dem Gesez, so versinkt mit ihm gleichfalls der einzelne Rechtszustand in Nichtigkeit. Daraus ergiebt sich also die Nothwendigkeit des Strafrechts für den Staat, weil dasselbe schon ipso facto mit dem Gesetzgebungsrechte verknüpft seyn muß.

Die Einwendung, daß es doch Geseze geben könne, deren Uebertretung nicht ausdrücklich mit einer Strafe bedroht sey, kann meine Behauptung

a) Vergl. Leitfaden der Einwohner - Ordnungslehre von Dr. W. Butte. Landshut 1807. S. 75. — „Wer — heißt es dort — durch was immer für Schlüsse, durch was immer für eine Verstecktheit, in welcher manche Geseze den inwohnenden Stachel der Strafe mit sich führen, verleitet — kurz wer Geseze annimmt, in denen keine Strafkraft wohne, nimmt eben damit an, daß es Geseze gäbe, deren Beobachtung oder Nichtbeobachtung der Willkür anheim gestellt sey: er spricht von einer Nothwendigkeit, die zugleich eine solche sey, und auch nicht sey.“ —

so wenig umstossen, als jene: „daß die allgemeinste Folge der gesezwidrigen Handlungen — ihre Nichtigkeit nämlich, (welche schon nach römischen Rechte a) für alle verbotenen Geschäfte ausgesprochen ist,) keine Strafe sey.“ Denn dort verräth sich entweder die Unvollkommenheit eines Gesezes selbst, oder die Beschränktheit des Geistes von Seite des Interpreten, wenn er desselben wesentlichen Karakter verkennen sollte. Hier wird unverzeihliche Verkennung des Hauptzweckes aller menschlichen Thätigkeit sichtbar. Wem sollte die Annullirung seines Geschäftes gleichgültig seyn können? b)

Die Strafe liegt also im Gesez, wie die Idee im Begriffe. Sie mag nun als ein sinnlich wirksames Uebel vor Augen liegen oder noch unerkannt vom allgemeinen Begriff im Geseze schlummern. Jenes Uebel, nach dem Karakter der Rechtsverletzung ewogen, auch schwer und drückend zu machen, räumt dem Gesezgeber schon die Vernunft als ein Recht ein, damit seinen positiv ausgesprochenen Normen nicht so leichtsinnig und willkürlich entgegengehandelt werde, — denn dadurch wird

a) L. 5. C. de legibus. — Diejenigen, welche die Nichtigkeit einer Handlung als eine von der Strafe durchaus verschiedene Folge derselben erklären, greifen letztere offenbar zu empirisch und zu beschränkt auf.

b) Butte a. a. O. begegnet noch andern Einwürfen in §. 81.

die Willkür gezügelt. Die Glieder der Staatsgesellschaft werden so nur recht aufmerksam gemacht, ihre Handlungsweise genau den rechtlichen Vorschriften ihres Oberhauptes anzupassen, so daß jeder Akt ihres freien Willens, der neben dem Gesetz vollkommen bestehen kann, in klarem Einspruche mit demselben in die äußere Erscheinung trete. Die Strafe muß in Erfüllung gehn, sobald das Gesetz verletzt worden; denn dieses, feindlich berührt, trifft gemäß seines ihm wie als Lebenskraft beigegebenen Reaktionsvermögens den Verlezer gleichfalls verlezend. Die Elastizität, welche ein Postulat der Vernunft ist, begründet das Strafrecht des Staates.

V

Die Gesellschaft selbst vorausgesetzt, so ist die Gesellschaft selbst, noch mehr durch die höhere Organisation ihrer Glieder und inneren Form, schon der Idee nach, Vervollkommenung und Glückseligkeit der Menschheit in der ersten Garantie der persönlichen Freiheit und der Unverletzlichkeit der Eigenthümer, kein

* 2 *

Erster Abschnitt.

Von den rechtswidrigen Handlungen und ihrem wesentlichen Unter- schiede überhaupt.

§. 5.

Gegenstände der rechtswidrigen Hand- lungen.

Vielseitig sind die Rechtsverhältnisse in den Staaten des Begriffs; groß ist ihr Gebiet durch die wechselseitige Garantirung der Freiheit, aber eben so scharf begränzt, daß seine Ueberschreitung ganz und gar nicht ein Werk der Unmöglichkeit wird. Die Gesellschaft selbst veranlaßt vielerlei Handlungen, noch mehr durch die höhere Potenzirung ihrer äußern und innern Form. Schon der Trieb nach Vervollkommnung und Glückseligkeit läßt die Menschen in der ersten Garantie der persönlichen Sicherheit und der Unverletzlichkeit des Eigenthums kein

Genüge finden; die Wirkungskreise müssen demnach immer mehr vervielfältiget werden. Die Nahrungskünste nehmen zu, das Reich der Vorurtheile breitet sich aus, Sitten und Gewohnheiten beginnen dort und da Wurzel zu fassen. Alle diese Dinge konstituiren gewisser Massen wieder eigene Rechtsverhältnisse. Die sie betreffenden Handlungen gewinnen dann immer mehr Bedeutung, immer mehr politische Wirksamkeit. Wie in einem Sonnensystem vielen Planeten durch Einen Fixstern Leben und Bewegung zuströmt; so können auch im Staate unter seiner Autorität und durch das Bedürfnis des gesellschaftlichen Zusammenwirkens nach und nach sich vielfältige Rechtsverhältnisse und Anstalten bilden, welche auf das stehende Recht — den Inbegriff der Grundrechte des Staates — sich stützen, als auf ihren Mittelpunkt. Der Kreis der Verbindlichkeit wächst aber auch, gleich dem der verschiedenartigen Rechte, weil Recht und Verbindlichkeit untrennbar wie Licht und Schatten, obwohl ihrer Natur nach sich entgegengesetzt, aneinander gebunden sind.

Wer faktisch jenen Kreis überschreitet, begeht demnach eine rechtswidrige Handlung. Eine solche ist überhaupt vorhanden, sobald durch menschliche Willensäußerung, entweder einer allgemeinen oder besondern Verbindlichkeit zuwider, ein im Staate begründetes Rechtsverhältnis verletzt wird. Daraus folgt, daß es ausser den Staaten in concreto streng genommen keine rechtswidrige, wohl aber unerlaubte Handlungen überhaupt giebt.

Jene können nun nach ihren Objekten wieder verschieden seyn. Denn

1) entweder ist die Handlung auf die Verletzung solcher Rechte gerichtet, welche die negative Bedingung des politischen Lebens ausmachen, ohne welche also kein Leben im Staate denkbar;

2) oder sie bezweckt die Verletzung der positiven Aeußerungen des politischen Lebens. Hierher gehören die Handlungen gegen jene Rechte, welche erst durch das allmähliche Fortschreiten des Staates zu seiner Vervollkommnung sich bilden;

3) oder sie ist bloße Verletzung der momentanen Verhältnisse in Privatgeschäften. a)

Erste Klasse. Handlungen, welche in ihrer Rechtswidrigkeit den Staat und die öffentlichen Ver-

a) Handlungen der letzten Klasse drehen sich also bloß um Privat-Verhältnisse, deren Bestimmung und Erhaltung natürlich Sache der reinen Civil-Justiz ist. Findet durch eine Handlung nun auch eine Verletzung dieser Privatverhältnisse statt; so erklärt sie der Civilrichter als nichtig. — Da wir es hier bloß mit solchen unerlaubten Handlungen zu thun haben, welche die öffentlichen Verhältnisse stören; so kann in dieser Abhandlung ferner auch von keinem Civilvergehn, als Verletzung eines bloßen Privatverhältnisses die Rede seyn. Daher was ich künftig von unerlaubten Handlungen überhaupt und insbesondere noch sprechen werde, soll auf diese Klasse gar keine Anwendung haben.

hältnisse angreifen, und allgemein begangen, den unmittelbaren Zweck der Staatsgesellschaft gänzlich vereiteln würden, gehören in diese Klasse, und werden insgemein mit dem Namen Verbrechen (crimen, crime) gestempelt. Sie führen zur absoluten Unmöglichkeit, im Ganzen zu leben, indem sie die Bande zerreißen, welche die Einzelnen in ein großes schönes Ganze zusammen vereinigen; sie gehn also gerade gegen allgemeine Rechtsverhältnisse feindlich los, welche zu begründen die Menschen in einen Staat sich vereinigten. Dieses sind aber solche Rechte, welche gegenseitig zu respektiren sie schon im Naturzustande sowohl aus Nothwendigkeit als aus Einsicht ihres Verstandes sich gerne bewegen ließen. b)

b) Ich erinnere hier an den vortrefflichen Gedanken des H. v. Allmendingen; „Wäre jeder Staatsbürger ein verkörperter Teufel; existirte in keinem einzigen auch nur das Bewußtseyn übersinnlicher Pflichten; leitete das Begehren der Sinnlichkeit und blos dieses Begehren jedes Mitglied der Gesellschaft, ohne daß auch nur eine einzige seiner Handlungen durch den auf die Achtung des Rechts gegründeten Willen bestimmt werden könnte; so würden dennoch alle Mitglieder dieser Gesellschaft zu koexistiren vermögen — wären auch die Häupter dieses Teufelsstaates selbst lauter Teufel, wäre ihr rechtlicher Wille ein Postulat, zu welchem sich in ihrer Brust auch nicht der entfernteste Widerschein fände; so dürften sie nur mit der Bosheit auch die Klugheit von Teufeln vereinigen, — und die Forderungen ihrer eigenen Seligkeit würden die Aufrechthaltung des Rechtszustandes verbürgen.“

Sicherheit der Person und des Eigenthums waren die ersten allgemeinen Rechte, welche den Vertrag zu einer Staatsgesellschaft veranlafsten, daher ihre Verletzung ein Verbrechen begründet; doch die Verletzung der Rechte des Staates ist gleichfalls Verbrechen, weil auf derselben Voraussetzung die positive Begründung der im Gegensatz erscheinenden Privatrechte beruht, und der Staat selbst als (mystische) Person heilig persönliche Rechte in Anspruch nimmt.

Zweite Klasse. Handlungen hingegen, welche nur die mittelbaren Zwecke des Staates verletzen, und also nicht den nächsten unbedingt nothwendigen seiner Existenz sondern mehr den entfernten seiner Vollkommenheit — d. i. den Zustand des öffentlichen Wohlbefindens gefährden, gehören in die zweite Klasse, und werden insgemein Vergehn (Polizeiübertretungen, delicta, délits) genannt. Der allgemeine Vertrag, als die Grundlage einer Staatsgesellschaft, konnte anfangs nur die Sicherheit der Person und des Eigenthums umfassen; jedoch mit der Vergrößerung und Verfeinerung der Gesellschaft mußte jener Vertrag, welcher nur die ersten Rechte der Natur garantirte, bald mehrere Ausdehnungen erhalten; es konnte die Menschen voll Treibens und Drängens nicht befriedigen, bloß die Person und das Vermögen gegen Gewaltthätigkeit gesichert zu wissen — denn dadurch allein ist die menschliche Glückseligkeit noch nicht völlig begründet. Wenn ein Gebäude, mag es auf der sichersten Basis beruh'n, mag es seinen innern Raum gleichmäfsig getheilt und

von aussenher vor Ungewittern bewahrt haben, doch an der innerlichen Einrichtung, an so vielen Dingen zur Beförderung der Bequemlichkeit Mangel leidet; so ist es noch nicht zur Vollendung gediehn, welche ihm aber bald zu geben die Interessenten nicht säumen werden. So auch mit dem Staatsgebäude! Gleich nach seiner Errichtung, die sich schliesst, wenn die Nachbarstaaten seinen äussern Gebietsraum unangefochten anerkennen, erheben sich vielerlei einzelne Anstalten im Innern, als die zweckmässigsten Beförderungsmittel sowohl der physischen Gesundheit und intellektuellen Wohlfahrt des Bürgers, als der Steigerung des Nationalvermögens u. dgl.

Die Legislation darf demnächst nicht säumen, auch alle Handlungen positiv zu verbieten, welche jenen Anstalten überhaupt widerstreben. Diese sind öffentlich, sprechen also den Schutz der Gesetze um so mehr an, als sie selbst zwar nicht unmittelbar, aber doch mittelbar die allgemeine Glückseligkeit der Staatsgesellschaft zum Zwecke haben.

§. 6.

Nothwendigkeit einer Trennung der rechtswidrigen Handlungen.

Beiden Gattungen von unerlaubten Handlungen, wie wir sie eben getrennt haben, kommt zwar die gemeinsame Eigenschaft zu: a) dass sie, die eine wie die andere Störungen sind, welche als verbotene Handlungen unbedingt der Strafge-

rechtigkeit heimfallen, b) daß sie beide auf das öffentliche Verhältniß wirken, und gegen dieses in ihrem Angriff erscheinen. Allein sie trennen sich in ihrer Grundwirkung. Denn die öffentlichen Verhältnisse sind entweder unbedingt nothwendig oder bloß nützlich zum Behufe der äußern Wohlfahrt des Staates. Ohne die Beobachtung aller Gebote, welche auf jene unmittelbaren Bezug haben, ist es schlechthin unmöglich, das politische Leben ungestört zu erhalten; daher also eine Handlung, wodurch ein öffentliches unbedingt nothwendiges Rechtsverhältniß verletzt wird, im Allgemeinen mit weit stärkerer Wirkung erscheint, als eine Handlung gegen ein bloß nützlich öffentliches Verhältniß, welches um des allgemeinen Wohlbefindens wegen im großen Freiheitsgebiete errichtet wurde, weil die Störung eines solchen noch gar keine Gefahr für die Existenz im Staate begründet. Zudem sind unerlaubte Handlungen der ersten Klasse, welche ein unbedingt nothwendiges öffentliches Rechtsverhältniß verletzen, immer allgemein verboten und müssen es seyn, weil an der Erhaltung des politischen Lebens Allen gelegen seyn muß; unerlaubten Handlungen aber der zweiten Klasse, welche gegen ein nützlich öffentliches Verhältniß gerichtet sind, können auch bloß besondere Verbote entgegenstehn, weil diejenigen öffentlichen Verhältnisse, welche sie betreffen, gar oft auf besondern politischen und natürlichen Umständen beruhn, als da sind besonders übernommene Verbindlichkeiten, Lokalität, Klima, u. dgl.

Aus dieser doppelten Rücksicht nun erhellt der verschiedenartige Charakter beider Klassen von Handlungen. Sie trennen sich defswegen auch in zwei von einander ganz unabhängige und ausschliessende Sphären, weil sie neben dem gemeinsamen Charakter der Strafbarkeit überhaupt noch zweierlei eigenthümliche Charaktere, nach ihrer innerlichsten Beschaffenheit und Natur an sich haben können. Sie trennen sich in der Grundwirkung, indem die eine Gattung der unerlaubten Handlungen zerstörend wirkt, die andere aber bloß störend. — Natürlich muß dieselbe auch verschiedener Gegenwirkung preis gegeben seyn. Denn hier gilt der Grundsatz: „die Gegenwirkung muß gleich seyn der Wirkung.“ Nun ist aber diese, wie wir eben gehört haben, bei beiden Arten der Handlungen wesentlich verschieden, also muß es auch die Gegenwirkung seyn. Sie begreift die Verfahrungsart, und die wirkliche Strafe der unerlaubten Handlung. Gegen den Störer der bürgerlichen Ordnung kann nicht so verfahren werden, wie gegen den Zerstörer eines Menschen Glückes; jener kann durchaus nicht in die nämliche Strafgattung verurtheilt werden, als — der Mörder. Schon defswegen, weil dieser einen gänzlich verdorbenen Menschen (pervers) verräth, jener aber nur ein verirrter Bürger ist.

Der Unterschied ist also wesentlich, weil er sich in dem Wesen, in dem Charakter beider Arten gründet. Was wesentlich getrennt ist, kann nicht vermischet werden. — Es ist nicht nur Sache der Wissenschaft, sondern schon selbst

des Lebens, alles Ungleichartige scharf zu scheiden. Dieselbe erreicht gerade in der vollkommensten Punktirung dessen ihren Hauptzweck, und das Leben ist um so mehr von Inkonvenienzen bewahrt, je weniger seine zu bethätigenden Gegenstände noch in Allgemeinheit eingehüllt liegen. Ja das Leben, a) wie die Wissenschaft, geht gewiss in der Irre, wenn es nun gar vermischen wollte, was wesentlich getrennt ist; es würde sich unfehlbar selbst einem unsichern und trüben Zustande Preis geben. Ich darf demnach sogar behaupten: die Trennung ist nothwendig — und will dieses noch ferner beweisen. Denn ohne dieselbe würde bei der Thätigkeit der legislativen und exekutiven Gewalt eine schreckliche Anarchie herrschen. Jene würde die Vernunft beleidigen, welche doch den wesentlichen Unterschied in der Betrachtung ihres Karakters erkennt; und diese würde das Recht verletzen, weil ohne Unterschied natürlich die beschuldigten Individuen wegen jeder unerlaubten That gleich behandelt werden

a) Das Leben wird hier offenbar im Gegensatze der Wissenschaft betrachtet, so zu sagen als die Praxis oder die Erfahrung, und nicht als das Leben, dessen Seele das Handeln selbst ausmacht, und in welches eben der nothwendige Unterschied sich tief gründet. — Die Verken-
nung dieses so natürlichen Unterschiedes auch in der Praxis, wie in der Theorie, ist hier zu rügen. Das Leben verkennt sich dadurch selbst, wie es bei vielen Menschen der Fall ist, daß sie manche Seite ihres Karakters ganz und gar nicht kennen,

müßten, und daher gar leicht dem Rechte nach zu viel oder zu wenig geschehen könnte. Die Verhütung alles Unrechtes aber ist die Obliegenheit des Staates — darum ist er eigentlich; um so weniger also darf durch ihn selbst, oder seine Gewalten ein Unrecht gehegt und gepflegt werden!

Man findet aber auch schon überall, wo man die verbotenen Handlungen zusammenstellen will, die Abtheilung derselben in Verbrechen und Vergehen für nothwendig; diese Nothwendigkeit ist das sicherste Kennzeichen eines charakteristischen generischen Unterschiedes zwischen Beiden. Und selbst die Erfahrung bestätigt diesen Unterschied; denn das menschliche Gefühl und der gesunde Verstand sprechen für ein bestimmtes Verfahren der erstern, welches nach strengen bedächtlichen Formen eingerichtet seyn muß; sie sprechen für Verschiedenheit der Strafbestimmung auf beide Handlungsarten — nach Verschiedenheit ihrer Wirkungen auf Staat und Unterthanen. b)

b) Ich denke, die Nothwendigkeit einer Trennung bis zur Evidenz bewiesen zu haben. Nun wäre hier wohl auch noch über ihre Nützlichkeit ein Wort zu sprechen. — Diese besteht darin: haben wir einmal positiv zweierlei verschiedene Klassen von unerlaubten Handlungen; so müssen sich schon deswegen auch ihre rechtlichen Folgen in zwei Klassen theilen. Durch so eine richtige Abscheidung der unerlaubten Handlungen ist dann leichter auch ein richtiger Maßstab für die Bestrafung derselben zu finden.

§. 7.

Nachweisung dieses Unterschiedes in der neuen Legislation.

So zwingt die Natur der Sache sowohl die Theorie als die Praxis, sowohl die Doktrin als die Legislation, diese Hauptabtheilung aufzustellen.

Geleitet durch den richtigen Grundsatz: „was die Natur trennt, muß auch der Gesetzgeber trennen“ — überzeugt von den Folgen des Gegentheils, daß nämlich außerdem Willkür und Unordnung unausbleiblich entstehen würde, legte die Gesetzgebung Oestreichs, Italiens, Frankreichs — den im Leben so tief gegründeten Unterschied auch wirklich ihren neuen Gesetzbüchern zum Grunde, und hatten somit alle drey, indem sie eigentlich davon ausgingen, ganz gewiß den richtigsten Standpunkt sich gewählt. a)

Der Gesetzgeber muß ja, wenn er nicht die widerrechtlichsten Eingriffe in die heiligsten Men-

a) Dieser durchgreifenden Reform in der Kriminallegislation konnte auch der Beifall scharfsinniger Gelehrten nicht lange fehlen. Namentlich war es ein Gönner, der denselben in seinem vortrefflichen Archive für die Gesetzgebung und Reforme des juristischen Studiums. Landshut bei Krüll. B. I. Heft 1 und 2. in den Vorbemerkungen über den Geist des dort gelieferten östreichischen Strafgesetzbuches öffentlich zu erkennen gab.

schenrechte sich zu Schulden kommen lassen will, die so natürliche Trennung zwischen Verbrechen und Vergehn positiv festsetzen, und dieselbe mit unerläßlicher Konsequenz sowohl in Ansehung der Strafen, als der Verfahrungsart durchführen. — Diese beiden letzten Momente kommen hier in besondern Betracht; denn es ist doch keineswegs gleichgültig, die Handlungen so verschiedenen Karakters mit gleichem Präjudize, mit gleicher Ahndung zu belegen; nimmermehr darf der Gesetzgeber dem Vergehn eine sogenannte peinliche Strafe (*peine afflictive*) gleich dem grössten Verbrechen entgegensezen. Hinsichtlich der Verfahrungsart fodert schon die bei weitem grössere Frequenz der Vergehn eine Verschiedenheit, die sich wenigstens durch Schnelligkeit auszeichnen muß.

Die Richtigkeit von diesem Allen beweist das allgemein als trefflich anerkannte österreichische Gesetzbuch über Verbrechen und schwere Polizeiübertretungen. b) Jeder von den beiden Klassen der verbotenen Handlungen ist sowohl ein eigenes Ressort als auch eine eigenthüm-

b) Dieses in zwei Theilen bestehende Gesetzbuch gab die österreichische Regierung ihren Völkern im Jahre 1804. Jedem Theile ist gleich auch das besonders dabei zu beobachtende Verfahren beigefügt. S. Gesetzbuch über Verbrechen und schwere Polizeiübertretungen Wien bei J. Th. v. Trattnern 1803. Grätz, bei J. A. Kienreich 1804. — Man findet diesen musterhaften Kodex auch in Gönners Archiv. B. I. Heft 1 und 2.

liche Verfahrungsart bestimmt — aus der lebendigen Ueberzeugung, daß nimmermehr beide Gattungen ohne unvernünftige Mißhandlung der Menschheit, gleicher Verfahrungsweise unterliegen können.

Gleichfalls machen die Italiener einen Unterschied zwischen den unerlaubten Handlungen. Sie haben delitti di pena d'alto criminale, delitti di pena correzionale, und sogar auch delitti di pena di polizia. a)

Daß Frankreich, welches sich im Fache der Legislation eben sowohl auszeichnet, als durch seine unerreichbare Stärke in der Politik, einen natürlichen Unterschied nicht verkennen wolle, läßt sich denken. Auf die positive Trennung der Franzosen, welche dieselbe schon im Code de 1791 festsetzten, mochte vielleicht sowohl die österreichische als italienische Gesetzgebung sich gestützt haben. Der Unterschied ist daher in dem neuen Code d'instruction criminelle und dem Code pénal nur wiederholt. b)

a) Man vergl. die Collezione dei travagli sul codice penale pel regno d'Italia.

b) Die Franzosen theilen die Polizeivergehen wieder in délits und contraventions, welche ich mit dem deutschen Worte Frevel geben möchte. Ich erkenne diesen feinen Unterschied allerdings an — auch der österreichische Polizeistrafkodex hat blos die schweren Polizeiübertretungen behandelt; allein dieser Unterschied

Die Carolina mit ihrer Mutter und all ihren Schwestern ist für uns veraltet und verkrüppelt; es ist Zeit, ihr einmal jedes gesetzliche Ansehn zu nehmen, denn die Fehler, an welchen sie zum Theil Alters halber krankt, sind schwerlich mehr so zu heilen, daß man sie ohne Furcht, allenthalben Eckel zu erregen, als Gebieterin in unsern Zeiten fernerhin herrschen lassen könnte. e)

scheint mir doch keineswegs so wesentlich zu seyn, als derjenige, dessen Nothwendigkeit ich in gegenwärtiger Abhandlung darzuthun bemüht bin. Beide, délits und contraventions werden polizeilich verhandelt und polizeilich bestraft (obschon nicht mit dem nämlichen Strafquantum); vielleicht ist es also dabei mehr um den Wort- als den Sachunterschied zu thun. Da es jedoch bei meinem Vorhaben nur darauf ankömmt, die Vergehen überhaupt vor kriminellem Verfahren und Präjudize zu retten; so habe ich diesen feinen Unterschied nicht nothwendig durchgehends zu berücksichtigen.

- e) Wenn ein berühmter Gelehrter, der für seine Person die Wichtigkeit eines Unterschiedes zwischen Verbrechen und Vergehn erkennt, doch behauptet, daß diese Eintheilung in der positiven gemeinen Gesetzgebung Deutschlands defswegen von geringen Folgen sey, weil beide Gattungen nach gleichem Prinzip behandelt sind; so beweist er zugleich durch eben diesen Umstand die gänzliche Prinziplosigkeit des gemeinen peinlichen Rechts. Denn mit welchen Grundsätzen

Gleicher Verworrenheit macht sich auch das preussische allgemeine Landrecht schuldig.

§. 8.

Klassenwechsel der rechtswidrigen Handlungen.

Verschiedenartig sind oft die vielen Umstände, welche bei rechtswidrigen Handlungen fast immer übers Kreuz zusammenlaufen. Dieselben sind bald innere bald äußere, d. h. sie geben bald nur mittels Vernunftschlusses Wahrscheinlichkeit, oder sie verbannen durch sichtbare Erscheinung jeden Zweifel an ihrer Existenz; daneben sind jene oft bedeutender als diese, daß die letztern wirklich keine Betrachtung mehr verdienen — und umgekehrt. Das

läßt es sich rechtfertigen, wenn dort die geringsten Vergehen wider die Sittlichkeit, oder die bürgerliche Ordnung mit den grellsten Verbrechen, als Mord und Hochverrath, — „in eine Klasse gesetzt, in einem Strafkodex verpönt, an ein Verfahren gebunden sind?“ — Daß die meisten deutschen Kriminalrechtslehrer den Unterschied zwischen Verbrechen und Vergehen verkannten, oder doch nicht beachteten, schreibt sich eben von der Carolina her, weil sie diese zum Vorbild zu haben, nicht umhin konnten. Wer also denselben auch im allgemeinen Theile seines Systems angenommen hatte, mußte ihm doch wieder im positiven inkonsequent werden.

Nämliche, was hier von begleitenden Umständen überhaupt gesagt worden, gilt von der Ursache und der Wirkung einer rechtswidrigen Handlung selbst besonders. a) Oft liegt im Subjekt derselben ein Grund, auf dem gerade eine wesentliche Modifikation ihres Charakters beruht, sowie im Gegentheil nicht weniger das Objekt ein essentielles oder zufälliges Attribut haben kann, ohne welches sonst Subjekt und Objekt in ihrem Zusammentreffen — wenn schon den nämlichen Effekt, doch nicht in der nämlichen Qualität hervergebracht haben würden.

Diese Reflexion, welche so sehr in den vielseitigen Beziehungen der menschlichen Lebensthätigkeit gegründet ist, führt uns zu dem Urtheil: „dafs manche Verbrechen an sich — zu blofsen Vergehen werden, und umgekehrt, blofse Vergehen an sich wegen Umständen manchmal zu

2) Voy. Motifs du Code pénal pag. 30. „Tel délit de police correctionnelle peut, avec une circonstance de plus, s'élever à la qualité de crime; et tel crime peut, avec une circonstance de moins, n'être plus qu'un délit. — Un fait parfaitement identique, s'il est considéré sans acception de personnes, peut changer de classe, selon, par exemple, qu'il a été commis par un fonctionnaire public, ou par un simple particulier, ou suivant qu'il a été contre les ministres de la loi ou contre d'autres personnes.“ —

zu wirklichen Verbrechen anwachsen können.“ b) Die Belege dafür giebt uns die Erfahrung im politischen Leben. So lange unsere Staaten, wie sie in die Begriffe fallen, nicht ihre Idee erreicht haben, ist es auch nicht zu vermeiden, vom absoluten Rechte abzuschweifen, und ein Relatives geltend zu machen. Deshwegen erklärt der Gesetzgeber nach Erwägung der Umstände die Nothwendigkeit — für volle Befugniss, seiner Seits das an sich bloße Vergehen in bestimmten Fällen doch wie ein Verbrechen zu imputiren. Diese Nothwendigkeit spricht in einzelnen Fällen für sich — theils aus Rücksicht der Lokalität, theils aus Rücksicht der Frequenz der Handlung, und der damit verbundenen Folgen.

Im Gegentheil kann in oder an dem Subjekte der Handlung ein Grund obwalten, von welchem abgesehen der Effekt als äussere Erscheinung ein

b) Ich bemerke hier: dieses alles aber nur in konkreten Fällen; denn überhaupt ist es immer nur der konkrete Fall, in welchem das Ueberschreiten einer Handlung in eine andere Gattung, als zu welcher sie im Allgemeinen gehörte, sichtbar wird. Die konkreten Fälle können aber bei nothwendig — allgemeinen Bestimmungen unmöglich allezeit berücksichtigt werden. Indessen darf uns diese Unmöglichkeit von der Aufstellung jener nicht abhalten, — denn sonst dürften wir wahrhaftig sogleich jede Regel für nichtig erklären, sobald sich dabei auch nur Eine Ausnahme denken läßt.

wahres Verbrechen geben würde, dessen rechtliche Erwägung aber die That zu einem bloßen Vergehen macht. Darum erklärt der österreichische Polizeikodex (§. 3.) Handlungen, die sonst Verbrechen sind, in einer zufälligen Trunkenverübt, nicht für Verbrechen, sondern nach Beschaffenheit der Umstände für schwere Polizeiübertretungen. Ingleichen straft er (§. 4.) an Unmündigen die Verbrechen wie bloße Vergehn.

Hier kömmt endlich noch vorzüglich in Anschlag — die besonders übernommene Verbindlichkeit bei einem Geschäfte, und die Standespflicht. Daraus ergiebt sich 1) dafs eine Person, welche weder diese noch jene auf sich hat — mit dem dazu wirklich verbundenen Individuum eine und dieselbe Handlung begehen könne, und doch die des Erstern als ein bloßes Vergehn, die des Leztern als ein wirkliches Verbrechen geahndet werden müsse. Es ergiebt sich 2) dafs namentlich beim Militärstand, welchem besondere Pflichten aufliegen, eine geringe Schuldhandlung zum Verbrechen angerechnet werden könne. Ein General, der aus Versehn zu spät auf das Schlachtfeld kam, und defswegen vielleicht Schuld trug am Verlust der Bataille — kann das Leben verwirkt haben. c)

c) Sehr richtig hat daher auch der Code pénal art. 5. alle Militärverbrechen und Vergehn von der Beurtheilung nach dem allgemeinen Gesetzbuche ausgenommen.

Es kann sich also ein Staat aus verschiedenen Rücksichten oft veranlaßt finden, diese oder jene rechtswidrige Handlung an sich von geringem Charakter gleich einem Verbrechen schwer zu bestrafen. Allein dieses Nothmittel ergreift er — nicht ohne gewissen Zwang, einer gefährlichen Alternative zu entgehn, und — beherrscht von der durch Erfahrung erprobten Stärke jenes Satzes: „aus zwei Uebeln immer das kleinste zu wählen.“ d)

§. 9.

Kompetenz der Polizei.

Ist diese Trennung einmal durch das Gesetz ausgesprochen, so wird die Exekution derselben durch fernere Verfügungen auch ins Werk gesetzt werden müssen. Dazu ist es nächste Angelegenheit der Politik, die getrennten Gegenstände an zweierlei Behörden zu vertheilen, damit jede zur genauesten Befolgung der vorgeschriebenen Verfahrensart ihre eigenthümliche und ausschließende

d) Es ist zwar, absolut betrachtet, Unrecht, den sonst eines bloßen Vergehens Schuldigen wie einen Verbrecher zu strafen; allein durch die Vermeidung dieses Unrechts auf individueller Seite würde das Recht der Totalität in Gefahr gerathen, und so gebietet der Gemeingeist; „besser es gehe über der Ganzheit der Private zu Grund, als jene über der Erhaltung dessen!“ —

Sphäre habe, und somit ihr Entzweck sicherer und eher erreicht werde.

Die zwei Arme, welche also zunächst die Strafgewalt des Staates exequiren, sind die Kriminal- und Polizeibehörde.

Ich kann unmöglich mit H. Kanzleirath Lotz übereinstimmen, wenn er a) behauptet, die Polizei könne nie richtend erscheinen, sondern alles, was man bisher der Polizeijustiz zugetheilt habe, gehöre entweder für das Ressort der Civiljustiz, oder für das der Strafjustiz. Allein was sollte das für eine Staatspolizeigewalt seyn, wenn ihr nicht die Befugniß einwohnte, der Störung zunächst ihrer eignen Anordnungen für die Realisirung des Staatszweckes selbst durch Strafen entgegen zu kommen? Wie wäre ihr Ernst geborgen und ihre Würde, wenn sie erst auf die Hülfe einer andern Gewalt rekurriren, und von dieser die Wegräumung jener Hindernisse in ihrer Thätigkeit erwarten sollte? Das wäre eine ohnmächtige Privatgewalt, und kein Ausfluß der höchsten unmittelbaren Staatsgewalt selbst. Nachdem sie geradezu von dieser abstammt; so muß Selbstständigkeit ihr Erbtheil sein; und an der Rechtlichkeit derselben kann nur der zweifeln, der in die Staatsanstalten überhaupt einen Mißkredit setzt. Die

a) in seiner sonst schätzbaren Schrift: „über den Begriff der Polizei und den Umfang der Staatspolizeigewalt. Hildburghausen 1807. S. 12.

Bedenklichkeit daher, daß die Polizei dann auf unverantwortliche Weise Richter in ihrer eigenen Sache würde, ruht auf eben so seichtem Grunde, als die Bedenklichkeit über jene so natürliche Bestimmung, daß die Kriminalbehörde (im Namen des Staates) den Kläger, Richter und Vertheidiger des Verbrechers fast immer zugleich machen müsse. b) Wie der Staat hier an die bestehenden Kriminalgesetze gebunden ist; so ist er's ja auch an die Polizeigesetze.

Herr L. sucht seine Behauptung noch ferner durch die Verkennung des so natürlichen Unterschiedes zwischen Verbrechen und Vergehen zu unterstützen, und läugnet diesen aus dem Grunde, weil bei der Bestrafung sowohl der Verbrechen als der Polizeivergehen ein und dasselbe Prinzip

b) S. A. Bauer Grundsätze des Kriminalprozesses Marburg 1805. §. 70. „Der Richter stellt (beim Inquisitionsprozesse) eine dreifache Person vor, er ist Repräsentant 1) des beleidigten Staats, 2) des Angeschuldigten, 3) des Gerichtes.“ — Vergl. auch W. Butte's Leitfaden der Einwohner-Ordnungslehre S. 109. Er sagt: „wie in allen seinen staatsrechtlichen Verhältnissen, macht der Staat auch in diesem Zweige derselben (dem staatsprivatrechtlichen Theil des Kriminalrechts) den Kläger und Richter zugleich“ — und ich setze hinzu „in seiner eigenen Sache,“ wenn er nämlich ein Verbrechen untersucht, wodurch seine (mystische) Persönlichkeit angegriffen ward.

obwalte. Wieviel Wahrheit in dem leztern Saze liege, will ich an seinem Orte untersuchen. — Hier muß ich mir nur noch die Frage an H. Lotz erlauben, wie es denn möglich ist, Polizeigeseze und Polizeivergehn anzunehmen, und doch der Polizei das Recht abzusprechen, die leztern unter die erstern subsummiren und die schon bestimmte Strafe dafür erkennen zu dürfen? Denn dafs die Polizei Verfügungen mache, gesteht er selbst, c) obwohl er (S. 48.) gegen von Berg der Polizeigewalt das Recht der Polizeigesezgebung abspricht, — dafs denselben gerade am meisten zuwidergehandelt werde, lehrt die Erfahrung, und — dafs der Polizei zur Aufrechthaltung ihrer Anordnungen alle Mittel, also auch die der Strafen zu Gebote stehn müssen, beweist schon die bisherige Observanz in den neuen Aemterorganisationen.

c) in der Note S. 61. Sie sezt Taxen der nothwendigsten Lebensbedürfnisse fest, spricht Ein- oder Ausfuhrverbote aus u. dgl. Sobald sich nun aber die Polizei auf diese Art ausspricht; so haben wir ja ein — Polizeigesez. Ueberhaupt würde jene nur halb ihren Wirkungskreis erfüllen, und ihren hohen Zweck, den ihr L. unterlegt, ganz und gar nicht zu erreichen im Stande seyn — wenn sie nur durch sinnliche Anstalten die Menschen direkte zu ihrer idealen Bestimmung führen wollte; sie muß oft auch indirekte durch statutarische Verordnungen die vielerlei Hindernisse auf dem Wege nach dem erhabenen Ziele zu beseitigen suchen.

Es wäre also wohl nach L. der langwierige Kampf der Gelehrten über die Grenzen der Justiz- und Polizeigewalt ein Streit um Nichts gewesen? d) Und jene Regierungen, deren Gesetzgebungskunst die Bewunderung von Europa erregt, hätten dadurch, daß sie nur die Verbrechen der Kriminalgewalt zur Beurtheilung belassen, die unerlaubten Handlungen aber mindern Belanges (délits, Polizeivergehen) positiv der Polizei zur Beurtheilung und Bestrafung zugewiesen haben, sich vielmehr weiter von Wahrheit und Natur entfernt?

§. 10.

Konsequenz in der Ausführung durch die Behörden.

Nachdem nun der Kriminalbehörde und der Polizei zusammen das Gebiet aller unerlaubten Handlungen eingeräumt worden; a) so sind ihre

d) Jenen bekannten Streit hat die allerhöchste Entschliessung der baierischen Regierung vom 17. Juny 1805 auf die Vorstellung der landschaftlichen Verordnung über verschiedene Landesbeschwerden d. d. 21. Dez. 1804 — in Konformität der trefflichen Verordnung vom 8. Okt. 1804 auf die einfachste Art entschieden.

a) Es versteht sich, daß ich hier von dem Wirkungskreise der Polizei nur insofern spreche, als sie als Richterin über unerlaubte Handlungen erscheint; — mit Umgehung ihrer anderwärtigen Geschäfte.

Sphären doch keineswegs eine und dieselbe — ob-
 schon sie sich in Allem sehr ähnlich sind. Allein
 von der Aehnlichkeit gilt noch kein Schluss auf
 die Gleichheit! Sie beurtheilen und und bestrafen
 beide — die unerlaubten Handlungen, doch nicht
 jede solche, ihr Karakter möge seyn welcher er
 wolle — nein! sondern der Polizei muss eine be-
 stimmte Klasse von gesezwidrigen Handlungen zu-
 stehen, die andere Klasse gehört ausschliesslich vor
 das kriminelle Forum. Demnach zerfällt das grosse
 Gebiet der Gesezesübertretungen in zwei Theile,
 deren Abgrenzung scharf wird, weil Jeder Anspruch
 hat auf Unabhängigkeit und ausschliessende Com-
 petenz.

Aus dieser nothwendigen Abscheidung fließt
 die natürliche Folge, dass die Behörden, welchen
 die rechtmässige Untersuchung der ähnlichen aber
 durch scharfe Grenzen abgeschiedenen Gegenstände
 zukömmt, insoweit Nachbarschaft pflegen müssen.
 Gehen sie freundlich einander zur Seite, überschrei-
 tet keine die gezogenen Grenzen; so fühlt die
 Staatsgesellschaft im sichersten Genuss ihrer Rechte
 die wohlthätige Richtung ihres Geschäftsganges.
 Aber gar leicht ist das Gegentheil möglich! b) Die

b) Der Grundsatz der Gesetzgebung muss in die Maximen der
 einzelnen Individuen, aus welchen die öffentlichen Be-
 hörden zusammengesetzt sind, übergehn. Allein dass
 dieses immer noch früh genug oder richtig geschehe,
 kann nicht behauptet werden. Denn a) kann der Staats-
 dienst nicht von Allen gleichvielseitige Kenntniss fodern,

Kurzsichtigkeit mancher Menschen, in welchen doch immerhin jene höhere Autorität niedergelegt seyn kann, vereitelt nur zu oft, was Doktrin und Legislation in genauer Erwägung der Zweckmäßigkeit sowohl als in ernstlicher Beherzigung der allseitigen Rechtlichkeit ihnen zur Richtschnur vorgezeichnet, indem Jene bei Uebertragung des Formellen ins Leben nicht immer den rechten Standpunkt behaupten. Da maßt sich die Kriminalbehörde, aus falscher Ansicht der Dinge, gar oft die Beurtheilung solcher Handlungen an, welche positiv in das Ressort der Polizei gehören, und zuweilen auch umgekehrt.

Allein dergleichen Eingriffe in fremdes Gebiet haben die nachtheiligsten Folgen. Denn es kann ja doch nicht gleichgültig seyn, ob eine Handlung einem Präjudiz, dieser oder jener Verfahrungsart unterliege. Die heiligsten Menschenrechte werden dadurch oft ohne Grund gefährdet und wohl auch gekränkt, wie im Gegensatze, wenn die Polizei sich eine kriminelle Handlung zur Beurtheilung anmassen wollte, nothwendig die strenge Gerechtigkeit leiden würde. c)

b) wenn sie auch gefodert werden könnte; so geschieht doch wenigstens die Ausbildung bei den Individuen nicht gleichheitlich.

c) Auch abgesehen von den vernünftigstrengen Foderungen unpartheiischer Gerechtigkeit, wird es Jeder, der im Leben schaut und prüft, gestehen müssen, dass eben so

§. II.

Wechselverhältniss beider Behörden.

Ohne Ueberschreitung der angewiesenen Grenzen kann und muss oft eine von den beiden Behörden während dem Verfahren der andern gleichfalls thätig seyn. Schon die Aehnlichkeit ihrer Sphären macht diese Wechselwirkung möglich — der mehrseitige Geschäftskreis insbesondere der Polizei sogar nothwendig. Dieselbe äussert sich denn vorzüglich in folgenden Momenten:

1) Die Polizei spürt den verborgenen Verbrechen nach, und bietet aller Sorgfalt auf, derselben habhaft zu werden, und sie fest zu bewahren. Dann

sehr, wie zu grosse Härte in Beurtheilung und Ahndung unerlaubter Handlungen, auch übertriebene Milde höchst nachtheilige Folgen für die Rechte der Staatsbürger haben könne. Denn die Rechte der Privaten sind in desto grösserer Gefahr, je weniger ihre Verletzung einer gleichmässig strengen Behandlung unterworfen wird. Der Wicht, auf dessen ruchlosem Gewerbe eine ganz gelinde Strafe nur steht, findet darinn vielleicht ein Motiv, dasselbe gar nicht mehr zu verlassen. — Diese Note dürfte indessen nicht so fast der Beachtung der richtenden Behörden, als vielmehr der des Legislators werth seyn, damit er bei der allgemeinen Bestimmung der Strafen für die unerlaubten Handlungen eben so wenig einen Empfindler mache, als — einen Tyannen!

2) macht sie die öffentliche Anklägerinn. Die Wichtigkeit, welche die Bestrafung eines Verbrechens für die Ruhe Aller hat, ist zu groß, und die Möglichkeit der Fälle, wodurch dem direkt Verletzten die persönliche Klage erschwert oder vielleicht gar unmöglich gemacht wird, zu gewiss, als daß man das Einschreiten der Kriminalbehörde immer erst von der Aufforderung oder Anzeige der Privaten abhängig machen sollte. Der stets wachen Polizei kömmt jede Rechtsverletzung gar leicht zur Kunde; wo also den Privaten blos das Recht zusteht, liegt ihr schon die Pflicht ob, die gehörige Notifikation an das kompetente Kriminalgericht zu fördern.

3) Nicht selten muß sie auch die treue Gehülfin machen bei der Sammlung der allgemeinen Indizien; und besonders hat sie bei solchen Verbrechen, welche zugleich die öffentliche Ordnung gestört haben, die zu einem vollen Beweis nöthigen Data zu sammeln. a)

4) Bei kriminellen Untersuchungen zeigt sich die Thätigkeit der Polizei auch noch in verschiedenen andern eigenmächtig getroffenen Anstalten. Sie sorgt zuvörderst, daß das Verbrechen keine oder doch so wenig, als immer möglich, schädliche Wirkungen äußere.

5) Die Kriminalbehörde, wenn im Verlaufe der Untersuchung die juridische Gewissheit er-

a) S. Butte a. a. O. S. 110.

härtet, daß der Inculpat nach Erwägung der Hauptumstände sich eines bloßen Vergehens schuldig gemacht habe, muß diesen an die kompetente Polizeibehörde zur geeigneten Behandlung übergeben — mit der sonst noch nöthigen Aufklärung und allen bereits gesammelten Daten. Im Gegentheil, wenn die Polizei einen Verdächtigen aufgegriffen, und aus vorläufiger Untersuchung sich ergibt, daß derselbe wirklich ein Verbrecher sey, hat sie ihn unverzüglich dem Kriminalgerichte zu übergeben. b)

6) Dieses braucht bei der Exekution seiner Urtheile fast immer den Arm der Polizei, abgesehen davon, daß diese während derselben noch die besondere Funktion habe, die gehörige Ordnung allenthalben zu erhalten. Ich erinnere hier nur an die öffentliche Zufügung der Todes - oder einer Schandstrafe. Wer sorgt für die Errichtung der Exekutionsgerüste? u. dgl. Davon muß also die Polizei vorher immer genau unterrichtet seyn.

7) Das Kriminaltribunal darf die gefährlichen Verbrecher nach ausgestandener Strafe nicht ohne fernere Aufsicht lassen; es muß sie unter die surveillance der Polizei sezen. Zu dem Behufe ist es nöthig, daß diese durch jenes nicht nur von der

b) Bei Vergehen, welche sogleich nach ihrer Erscheinung sich offenbar als solche aussprechen, hat die Kriminalbehörde gar nichts zu thun — und es findet also auch keine Wechselwirkung statt.

äufsern und innern Beschaffenheit des Subjekts, sondern auch von der Natur des Verbrechens in Kenntnifs gesetzt, und zugleich auf die Umstände aufmerksam gemacht werde, wegen welchen die Gefährlichkeit des Verbrechers sich besonders bewährte, und vielleicht auch in die Zukunft noch zu fürchten seyn könnte. c)

Es erhellt indessen aus diesen Momenten, daß hier bei der Wechselwirkung der beiden Behörden keine nachtheilige Grenzüberschreitung statt habe; denn alles, was z. B. die Polizei in Bezug auf kriminelle Handlungen auch unternimmt, thut sie nicht als Richterin, sondern als administrative Behörde gemäß ihren anderweitig aufhabenden Pflichten, weil ihr Geschäftskreis sich nicht bloß über Beurtheilung unerlaubter Handlungen erstreckt, sondern auch die öffentliche Aufsicht umfaßt, und sie also die rechtswidrigen Handlungen in verschiedener Beziehung interessiren können.

§. 12.

Unterschied ihres Verfahrens.

Betrachten wir nun jede Behörde einzeln über dem Geschäfte der Beurtheilung und Bestrafung der ihr angewiesenen Klasse von unerlaubten Hand-

c) Sehr zweckmäfsig ist daher die königl. baier. Verordnung im Reggsbl. 1810. St. 31.

lungen, so werden wir sehn, daß der Gang desselben bei jeder verschieden sey. Denn

1) Das Polizeiverfahren muß einen raschen Gang gehn, weil die Gegenstände desselben sich täglich wiederholen a), also bei dem zu bedächtlichen Verfahren nothwendig eine Stockung in ihre Verhandlung gerathen und somit gar leicht einer über dem andern vergessen werden könnte. Sie nun auf der Stelle immer abzuthun, ist wenigstens kein großes Wagestück, — eben so wenig läßt es schwer, sie ohne viele ängstliche Prüfung ins gehörige Licht zu setzen; denn in jenem Betracht sind ja die Folgen einer Polizeistrafe nicht so präjudiziös und so unvertilgbar, als die der Kriminalstrafen, — und was die Schwierigkeit der Entscheidung anbelangt; so wird diese gewöhnlich sowohl durch das leicht zu erhaltende Selbstgeständniß des Beschuldigten, als auch durch die geringere Verworrenheit und den Mangel so verschiedener Nebenumstände der Handlung erleichtert.

Anders ist's beim Kriminalverfahren. Hier erlaubt es sowohl die Wichtigkeit der Folgen, welche ein solches Urtheil nach sich zieht, als selbst die gewöhnliche Schwierigkeit des Gegenstandes durchaus nicht, die hieher gehörigen Fälle summarisch und flüchtig zu entscheiden. Die Kri-

a) „La Police s'exerce sur des choses, qui reviennent tous les jours.“ Montesquieu de l'esprit des loix. L. 26. chap. 24.

minalsentenzen kosten immer ein heiliges Menschenrecht, und ein solches ohne die strengste Bedächtlichkeit abzusprechen — ist das grösste Unrecht von der Behörde, welche eben in der Ahndung alles Unrechtes ihren Beruf erfüllen sollte. b)

2) Der Förmlichkeiten im Kriminalprozeß sind also unendlich viele, sowohl wesentliche als zufällige. Eine solche Menge kann das Polizeiverfahren wohl entbehren; indessen da es doch durchaus kein willkürliches seyn darf, so hat es auch immer essentielle Erfodernisse zu berücksichtigen, — wobei aber die Sache übrigens keine Verzögerung leidet. Die Polizei nimmt ordentlich das Konstitut des Angeschuldigten, das Zeugenverhör, die Konfrontation u. dgl. vor — alles mit solcher Ordnung, Deutlichkeit und Kürze, daß die Vollkommenheit der Beweise und die Zulänglichkeit der Entscheidungsgründe bald offenbar vor Augen liege.

3) Auch bei der Versicherung des Angeschuldigten äußert sich ein Unterschied in der Procedur beider Behörden. Die Polizei braucht nur bei den Vergehen eines Fremden auf dessen Detention, oder auf Kautions zu denken. Bei Angesehenen

b) So schreibt G ö n n e r im Archiv B. I. H. 1. S. 38: „Bey Kriminalfällen muß wegen ihrem grossen Einfluß auf das Ganze und wegen ihren wichtigen Folgen für ein compromittirtes Individuum der höchste Grad von Bedächtlichkeit und Genauigkeit herrschen.“ —

dagegen hat sie keine Entweichung — zu besorgen, denn mit einer freiwilligen Verbannung würden dieselben sich selbst die härteste Polizeistrafe auflegen, und wäre ausserdem, da die polizeilichen Ahndungen gewöhnlich auf Verminderung des Vermögens oder anderer bürgerlichen Vorthelle abzuwecken, auch noch anderwärts ein Erfolg von Strafe an ihnen denkbar. Aber bei Verbrechern ist es anders! Diese können oft ein schätzbarers Recht verwirkt haben, als sie nun durch freiwillige Entsagung auf den Schutz des Vaterlandes und den Genuß aller bürgerlichen Vorthelle verlieren. Nicht immer kann man mit dem gehörigen Nachdruck gegen den abwesenden Verbrecher die gebührende Strafe verhängen c); daher sind jene Versicherungsmittel, deren die Kriminalbehörde sich zu bedienen nicht umhin kann, als Verhaft, Bürgeleistung, sicheres Geleit u. dgl. eine so gewöhnliche Erscheinung.

4) Eine eben so schwierige als wichtige Frage ist nun die, ob auch im Polizeiprozesse Vertheidigung durch einen Rechtsverständigen statt finde?

c) Andere haben bereits über den Werth und Unwerth der Vollstreckung eines Urtheils in effigie entschieden. M. s. Cocceji de justitia poenae in absentes vel mortuos statuendae atque in effigie exequendae. C. I. §. 9—11. Stelzer Grundsätze des peinlichen Rechts. — Kleinschrod syst. Entwicklung der Grundbegriffe und Grundwahrheiten des peinlichen Rechts. Th. III. § 96.

Zwar wird nach dem österreichischen Strafgesetzbuch (Th. I. Absch. II. §. 337.) die Defension selbst im Kriminalprozesse nicht zugelassen, „weil die Vertheidigung der Schuldlosigkeit schon von Amtswegen in der Pflicht des Kriminalgerichtes mit begriffen sey;“ allein dieser Grund genügt nicht, um einer solchen Bestimmung unsern Beifall geben zu können. d) Um so weniger kann hier, wo es den Verlust eines Menschenrechtes gilt, ein Anwalt verweigert werden, da manche sogar in Polizeifällen die Hülfe eines solchen nicht ausgeschlossen wissen wollen. e) Es ist wahr, läßt man doch bei den geringsten Civilansprüchen einen ordentlichen Gegenbeweis zu, — warum nicht bei dem bevorstehenden Verlust eines mehr oder minder ersezlichen Gutes? Vielleicht — weil weniger Gefahr droht, und der Ersaz einem unschuldig Bestraften wieder alles gut machen kann? Allein im ersten Falle ist doch immer die Wahrheit gefährdet, und in dem andern leidet das Ansehn des Tribunals. — Ich bin daher für den Mittelweg. Da die Polizeiverhandlungen einen raschen Gang gehen müssen; so denke ich, dafs in geringen Fäl-

d) S. Gönner a. a. O. S. 42. — Der Umstand, dafs nach dem §. 337. übrigens dem Inquisiten das unbeschränkte Recht bleibe, sich selbst zu vertheidigen, kann das Gesez doch nicht völlig rechtfertigen; denn die Erfahrung lehrt, dafs man die eigene Sache gewöhnlich am schlechtesten führe.

e) S. von Globig und Huster vier Zugaben. S. 435.

len eine ordentliche Defension nicht zulässig, weil sonst Vieles ins Stocken gerathen könnte; allein in jenen, für welche eine bedeutende Strafe festgesetzt ist, dürfte immerhin eine Defension zugelassen werden.

5) Eben so kann auch wegen einer Polizeisentenz in wichtigern Fällen, wie im Kriminalprozeß, Appellation eintreten; die Termine aber selbst dürften kürzer angesetzt, und der Zug nur an Eine höhere Instanz gestattet werden.

6) Um den Beweis und die juristische Wahrheit überhaupt einer unerlaubten Handlung herzustellen, ist der Reinigungs- und Erfüllungseid in Polizeifällen eben so unzulässig, als bei Verbrechen, theils weil die Eide zu heilig sind, um jeder Kleinigkeit willen darauf zu erkennen, theils weil schon Ein Zeuge hinreichen mag: indem dort der Beweis doch nicht gar so strenge zu seyn braucht.

Uebrigens liefert bei einem Polizeivergehen schon das bloße Eingeständniß desselben eine hinreichende Probe, da es bei Verbrechen zur Verurtheilung in eine Kriminalstrafe nicht genügt. f)

Wenn ich hier auch von den politischen Wirkungen des beiderseitigen Verfahrens sprechen darf; so bestehen sie hauptsächlich darin, daß die Krimi-

f) S. Gönners Archiv B. I. H. I. S. 38.

nalinquision dem Angeschuldigten sehr präjudiziös sey, die Polizeiuntersuchung aber dergleichen Folgen nicht habe. „Ein Bürger, sagt Gönner, wird nach geendigtem Polizeiarreste von seinen Mitbürgern in ihre Mitte an seinem alten Plaze unbedenklich aufgenommen, aber gegen den Kriminalverbrecher sträubt sich das Gefühl der Bürgerehre; der Mensch duldet ihn, so gewiß ihn der Bürger flieht.

Zweiter Abschnitt.

Von den besondern Arten rechtswidriger Handlungen, und den ihnen angemessenen Strafen.

Erstes Kapitel.

Von den Verbrechen und ihren Strafen.

Erster Titel.

Begriff und Erfodernisse eines Verbrechens.

§. 13.

Gewöhnlicher Begriff nach dem gemeinen Sprachgebrauch.

Ich glaube, man könne bei allen Sprachen die Bemerkung machen, daß manches Wort oft verschiedene Bedeutungen habe. Möchte eine solche Bemerkung übrigens eben auch nicht von der Vollkommenheit irgend einer Sprache zeugen; so liegt

meines Erachtens die Hauptursache davon doch in der Verschiedenartigkeit der Menge, welche sich zu einer und derselben Sprache bekennt, und in dem daraus entspringenden verschiedenartigen Gebrauch einzelner Worte. — Im Deutschen werden mit dem Ausdrücke „Verbrechen“ verschiedene Begriffe verbunden.

Nach dem gemeinen Sprachgebrauch versteht man unter Verbrechen fast jede unerlaubte Handlung; nicht selten giebt man diesen Namen jeder gröbern Sünde, welche doch von dem eigentlichen Verbrechen ganz verschieden ist. Denn in Beziehung auf die Gesinnung, mit welcher die Handlung unternommen wird; kann durch diese ein Moralgesez übertreten werden, und dann ist sie eine unmoralische Handlung (Sünde). Nun ist zwar jedes Verbrechen unmoralisch, aber nicht jede Immoralität ein Verbrechen. Der Unterschied zwischen Verbrechen und Sünde liegt also darin, daß diese in bloßer Beziehung auf Gott als den Urheber der Sittlichkeit existirt, jenes aber nur vorhanden ist in Beziehung auf den Staat, als Garanten der Rechte. Bey der Sünde kömmt die Gesinnung in Anschlag, weil dem allsehenden Auge Gottes jeder Gedanke des Menschen sprechende That ist; allein bei dem Verbrechen muß durch eine äußere Handlung eine Rechtsverletzung gegeben seyn.

Sehr oft nennt man auch eine Handlung ein Verbrechen, welche ein solches im strengen Sinne nicht ist; dieß geschieht auch nur gewöhnlich, um

ihre Gesezwidrigkeit im Allgemeinen auszudrücken, unbekümmert um den rechten Namen der Sache. Verzeihlich sey dieses dem gemeinen Manne, welcher dem gemeinen Sprachgebrauche fröhnt, aber nicht dem Gesezgeber, weil eben er mit dem Ausdrücke zugleich so viele ernstliche Folgen verbinden muß.

Fragen wir aber den Einzelnen, ob er unter dem Worte „Verbrechen“ nicht eine schwere Gesezesübertretung zu verstehen geneigt sey? Der Genius der Sprache zwingt ihn, einem solchen Gefühle zu huldigen. Und wenn wir der ethymologischen Bedeutung dieses Wortes nachforschen; so ergiebt es sich, daß dieses Brechen der Geseze, welche heilig geachtet werden sollen, einen Trotz gegen den Staat, einen bösen Willen gegen die koexistirenden Menschen beurkunde. Die Geseze, welche die Menschen schon im Naturzustande als nothwendig anerkannten, sind die engen Schranken gegen den Egoismus ungeregelter Privatwillkür. Das Verbrechen ist es, welches jene Schranken zu durchbrechen, und das Gebäude des schönen Bürgervereins zu untergraben droht.

§. 14.

Vorstellungsart von Verbrechen 1) von Seite einiger Schriftsteller.

Fast jeder Schriftsteller im Fache des Kriminalrechts bestimmt den Begriff des Wortes Verbre-

chen auf eine eigene von den übrigen mehr oder weniger verschiedene Weise. Ich nehme hier Gelegenheit, die Meinungen der Wichtigsten anzuführen.

1) Englh a) erklärt die Verletzung der vollkommenen Pflichten gegen andere für Verbrechen. Allein unter diesem Begriffe würden alle verbotenen Handlungen überhaupt enthalten seyn. Demnach würde es weder sonst ein Civil- noch Polizeivergehn mehr geben, was offenbar wider die Natur der Sache verstieße.

2) Servin b) hat ebenfalls einen vagen Begriff. Ihm heist Verbrechen die Nichtbeobachtung seiner Pflicht und Schuldigkeit. Demnach ist derjenige Ehemann konsequent ein Verbrecher, der seine Frau zu beschlafen unterläßt, weil er seine Pflicht und Schuldigkeit nicht beobachtet.

Das wahre Gegenstück davon stellt Jakobs c) auf, welcher behauptet: „Verbrechen seyen unmittelbare Eingriffe in fremdes Eigenthum.“

3) Auch Wieland d) und Feder e) gaben einen zu weiten Begriff an, dessen spätere Beschrän-

a) Versuch eines allgemeinen peinlichen Rechts. Frankfurt und Leipzig 1756.

b) De la legislation criminelle. Basle 1782.

c) Ideen zur Kriminalgesetzgebung. S. 211 — 217.

d) Geist der peinlichen Geseze von E. O. Wieland Leipzig 1783 und 1784. Th. I. §. 209.

e) in der Vorrede zur Uebersetzung des Servin'schen Werkes. S. 6.

kung — ein Beweis ihrer eignen Ueberzeugung davon — doch nimmermehr dem Schwankenden und Unbestimmten, welches darin herrscht, abzu-
helfen vermag. Nach jenem ist „jede boshafte Ueberschreitung eines Gesezes,“ nach Feder ein Vergehn gegen äußerliche (wichtig-) vollkommene Pflichten“ — ein Verbrechen.

Wir sehen, daß die bisher genannten Schriftsteller fast durchgehends nicht vom rechten Standpunkte aus die Sache betrachten — manche bleiben gar im Gebiete der Moralphilosophie stehn! Daher kömmt es, daß ihre Begriffe so vage und größtentheils zu weit sind.

Allein jezt werden die Definitionen schon immer mehr aus der Rechtssphäre geholt. — So ist 4) nach v. Globig und Huster f) „die Verletzung der natürlichen Rechte, um derentwillen die Nation sich vereinigte,“ ein Verbrechen. Da aber manche Gelehrte, wie ein Wagner, gar kein Naturrecht annehmen; so ist jener Begriff, abgesehen davon, daß er dem ewigen Zank über die Aufzählung der natürlichen Rechte preis gegeben wäre, schon deswegen sehr unsicher.

5) Jede Handlung, wodurch einem Dritten an denjenigen eigenthümlichen Rechten, deren Aufrechthaltung und Sicherung der unmittelbare Zweck

) Vier Zugaben zu der gekrönten Schrift: von der Kriminalgesetzgebung. Altenburg 1785.

der bürgerlichen Gesellschaft des Staates ist, eigenmächtig, vorsätzlich und unbefugter Weise eine Beleidigung zugefügt wird, ist nach Cella g) ein Verbrechen. Dieser kam der Wahrheit schon am nächsten.

6) Soden h) versucht es, die Verbrechen unter die Ansicht der Staatsgesellschaft zu bringen, da er schreibt: „die peinlichen Geseze bestimmen diejenige Handlung, welche dem Zweck der gesellschaftlichen Verbindung, dem friedlichen Besiz des Eigenthums zuwider sind, und verbieten jede in diesen Vorschriften bezeichnete Handlung als Verbrechen.“

7) Abicht i) dehnt seinen Begriff ins Unergründliche aus. Ihm ist Verbrechen eine mit Schuld (?) verbundene Ungerechtigkeit gegen Rechte, welche andere Menschen auf ihren Menschheitszweck und auf die ihnen bedürftigen und unersetzlichen Bedingungen und Mittel desselben haben.

g) J. Jak. Cella über Verbrechen und Strafen in Unzuchtsfällen. Leipzig 1787. §. 9.

h) Geist der peinlichen Gesetzgebung Deutschlands von Julius Grafen von Soden. 2te Aufl. Frankfurt 1792. B. I. §. 1.

i) Von Belohnung und Strafe. Erlangen 1797. II. B. S. 188 — 200.

8) Grolman k) erklärt das Verbrechen für einen Eingriff in das unabhängige Rechtsgebiet anderer. Allein dieser Ausdruck scheint mir ebenfalls zu allgemein zu seyn.

9) Kleinschrod l) gibt zweierlei Definitionen von Verbrechen, eine in theoretischer Hinsicht, die andere in praktischer. Einmal heisst ihm also Verbrechen „ein solcher Angriff gegen die den Menschen angebohrnen Rechte, und deren wirkliches Eigenthum, welchen die positiven Geseze unter einer Strafe verboten haben“ — er verfährt dabei gegen den Staat so billig, dafs er denselben sogar mit dem Rechte eines einzelnen Menschen privilegirt. Wie kann aber der blofse Theoretiker in seinen Begriff schon das Strafgesetz aufnehmen? m) Kleinschrod verliert sich hier

k) C. Grolman Grundsätze der Kriminalrechtswissenschaft. Giefsen 1798. S. 4.

l) G. A. Kleinschrod syst. Entwicklung der Grundbegriffe und Grundwahrheiten des peinlichen Rechts. Erlangen bei J. J. Palm 1794. 3 Thle. 2te Aufl. 1799. S. 5. — 9.

m) Der Gesetzgeber kann wohl nur so sprechen: „alle nachstehenden mit diesen und jenen Strafen bedrohten Handlungen sollen in unserm Staate als Verbrechen angesehen werden;“ allein auch er mufs auf einen höhern Grundsatz sich stützen, wenn er diese oder jene rechtswidrige Handlung durch die Strafe für ein Verbrechen erklärt — sonst würde ihm unverzeihliche Willkür zur Last gelegt wer-

in einen Zirkel, weil er Ursache und Wirkung verwechselt, denn wenn bei Verbrechen und Strafen der Theoretiker auf ihren Ungrund zurückgeht, so wird er finden, daß wir von Strafen und Strafgesetzen ganz und gar nichts wissen würden, wenn es nicht zuerst Verbrechen gegeben. Im Anfange der Gesetzgebung veranlaßten ja gewisse obwaltende Störungen der nothwendigen Verkehrsverhältnisse den Legislator, jene unbefugten Handlungen als Mißverhältnisse durch Strafen leichter zu verhindern.

Der Satz von Kleinschrod (§. II.) daß die Verbrechen erst zugleich mit den Strafen entstanden, dürfte viele Einwendungen leiden; denn so müßte wohl jede rechtswidrige Handlung, auf welche eine Strafe steht, ein Verbrechen seyn? — In der Aufstellung eines Begriffes nach praktischen Grundsätzen (§. 8.) endet er da, wo er hätte bei Aufstellung des theoretischen anfangen sollen. Hier sagt er: „ein wahres Verbrechen ist vorhanden, wenn die gesezwidrige Handlung nur von dem peinlichen Richter untersucht und bestraft werden kann. Diefes ist der Fall, wenn dem Verbrecher eine Strafe bevorsteht, welche ihm Leben, Freiheit, Eigenthum etc. ganz entzieht. Diese

den. Nur von diesem höhern Grundsatz braucht der Theoretiker bei Bestimmung eines richtigen Begriffes von Verbrechen auszugehen, ohne im Allgemeinen auf positive Strafgesetzgebung Rücksicht nehmen zu müssen. — Man vergl. Tittmann Grundlinien §. 29. not. 12.

Strafe findet statt, wenn er selbst solche Rechte verletzt hat.

10) Bergk nennt in seiner Uebersetzung des Beccaria n) Verbrechen eine Vernichtung des allgemeinen Gesezes der Gleichheit durch unsere That mit dem Bewußtseyn daß sie unrecht sey, und daß wir sie hätten unterlassen sollen. Diesen schlechthin aus der Luft genommenen Begriff hat er aber später wieder verändert, da er Verbrechen nennt o), „eine gesezwidrige Handlung, welche Jemanden den Genuß eines Rechtes raubt, und dadurch nicht bloß die Privat- sondern auch die öffentliche Sicherheit in Gefahr setzt.“ Dieser Begriff taugt aber doch wieder nicht ganz für die Theorie, weil er aus der Empirie die gesezliche Eigenschaft schon entlehnt — hat aber etwas Eigenes darin, daß er nicht mehr von den bloßen Privatverhältnissen der Staatsunterthanen gegeneinander ausgeht, sondern zur Wesenheit des Begriffes das Verhältniß zum Staate setzt: denn, sagt er, ist dieß bei einer widerrechtlichen Handlung nicht der Fall, so ist sie auch kein Verbrechen. — Wir müssen hier mit Dank diesen bedeutenden Schritt vorwärts anerkennen!

n) Des Marchese Beccaria (Abb. über Verbrechen und Strafen, neu übersezt von Bergk. 2 Thle. Leipzig 1798.

o) in der Philosophie des peinlichen Rechts, dargestellt von Bergk, Meissen 1802, S. 72.

11) Tittmann p) versteht unter Verbrechen solche strafbare Handlungen, welche Entziehung aus dem Freiheitsgebiete durch Verletzung angeborener Rechte möglich machen — im Gegensatze der Vergehn, welche Entziehung aus dem Freiheitsgebiete durch Verletzung erworbener Rechte der Menschen bewirken.

12) Feuerbach q) nennt Verbrechen überhaupt „eine durch ein Strafgesetz bedrohte, dem Recht eines Andern widersprechende Handlung;“ allein dieser Begriff ist nur relativ gegeben, weil hier auf das Gesetz sich bezogen wird, welches nämlich durch positive Erklärung erst eine gewisse Gattung von Handlungen zu einem Verbrechen erhebt. Im nächstfolgenden §. 22. deutet er uns deswegen mehr auf den eigentlichen Charakter eines Verbrechens hin, wenn er sagt: daß ein Verbrechen im e. S. dann vorhanden sey, wenn ein solches Recht verletzt worden, welches der Mensch schon unabhängig von der Ausübung eines Regierungsaktes und der Erklärung des Staats ansprechen würde.

p) Grundlinien der Strafrechtswissenschaft und der deutschen Strafgesezkunde von Dr. C. A. Tittmann Leipzig bei Fleischer 1800. §. 26. in Vergl. mit der Schrift: Ueber die Natur der Strafrechtswissenschaft von Dr. C. A. Tittmann. Leipzig 1802.

q) Lehrbuch des peincl. Rechts. 1808. §. 21.

§. 15.

2) Von Seite positiver Gesetzgebungen.

Es ist bereits allgemein anerkannte Sache, daß die ältern Kriminalgesetzbücher für unser Zeitalter ganz und gar nicht mehr taugen; sie sind veraltet und unbrauchbar geworden, gleich den frühreifen Früchten, welche nur zu bald ungenießbar werden. Jeder Theoretiker, welcher jene Codices nach einem Grundsatz ordnen wollte, würde der traurigen Verlegenheit nicht entgehen können, auf lauter Widersprüche zu stoßen, die nun gar nicht zu heben sind. Das grösste Verbrechen wie das geringste Vergehen erwartet seine Strafe vom peinlichen Richter. a) — Wenn das nunmehr, da die Gesetzgebungskunst ihre schönste Epoche lebt, so-

a) Das Wort „peinlich“ hat sehr viel gegen sich. Zwar in jenen Zeiten, wo man von Staatswegen elend tyrannisch genug auf hundertfältige Martern sinnen konnte, die man auf der Folterbank, oder zur Schande der Menschheit öffentlich auf dem Richtplatze an mißhandelten Schlachtopfern auszuüben eine teuflische Kunst besaß, — in jenen Zeiten freilich war die Strafe, wie der Richter und Gesetzgeber peinlich! In unsern Tagen aber, wo die Tortur verbannt, wo grösstentheils im Lande die Galgen rasirt, und der Grundsatz laut geworden, daß man strafen müsse, nicht um zu peinigen, sondern um zu strafen, — in unsern Tagen soll also jener barbarische Ausdruck auch verschwinden!

fort in unserm Staate Bestand haben sollte; so wäre es wahrlich besser, von einem willkürlichen und menschlichen Richter als von einem eben so willkürlichen Geseze beherrscht zu werden.

1) Nach dem Cod. Jur. Bav. Crim. de ao. 1751. §. 1. „seynd nicht alle Frevel und strafbare Thaten für kriminell zu achten, sondern nur jene, die entweder mit Leibs- und Lebenstraf angesehen, oder sonst so beschaffen seynd, daß sie von Rechts- oder Gewohnheitswegen ad forum criminale gehören.“ — Man vergl. auch Landrecht IV. Th. 16. Kap. §. 5. wo a) die kulposen Handlungen nur quasi delicta genannt werden, und b) angeführt ist, daß die delicta privata (die sogenannten Frevel) „nicht peinlich und malefizisch, sondern civiliter und niedgerichtlich verhandelt und abgestraft werden.“

2) Im allgemeinen preufs. Landrecht Th. IV. S. 1176. §. 7. heist es: „Wer durch eine freie Handlung Jemand widerrechtlich Schaden zufügt, der begeht ein Verbrechen.“ Demnach kann derjenige, der einen fremden Brief erbricht (§. 1370) oder durch ein Dorf geht, und Tobak raucht (§. 1550) ein Verbrechen begehn.

3) In dem „Entwurf zur neuen Bamb. peinlichen Gesetzgebung“ b) werden die

b) Entwurf zur neuen Bamb. peinlichen Gesetzgebung von M. Pflaum, 2te Aufl. Frankfurt und Leipzig 1793. §. 10.

Verbrechen in schwere und geringe Verbrechen abgetheilt. „Jene (Missethaten) sind solche, worauf in dem Entwurfe selbst eine Strafe am Leibe oder Leben gesetzt worden; diese hingegen solche, bei welchen dergleichen peinliche Verfahrungsart wegfällt.“ —

4) Nach dem „Entwurf eines peinlichen Gesezbuches für die pfalzbaierischen Staaten v. G. A. Kleinschrod. München 1802.“ §. 15. wird „jede Handlung oder Unterlassung als Verbrechen angesehen, welche darin unter Strafe verboten ist. Demnach ist folgerichtig das unrechtmäßige Geschenknehmen der Beamten ein Verbrechen (§. 652.) ingleichen auch wenn der Finanzbeamte die ihm gebührende Besoldung vor der gebührenden Zeit aus der öffentlichen Kasse nimmt, (§. 737.) weil beides unter Geldstrafe verboten ist.

5) Nach dem „Entwurf eines peinlichen Gesezbuches für die Herzogthümer Schleswig und Holstein von C. U. D. Freiherrn v. Eggers Kiel 1808“ wird gleichfalls jede Handlung und Unterlassung als Verbrechen angesehen, welche darin unter Strafe verboten ist. Unter die Kategorie der Verbrechen gehört demnach auch die Wiederholung der Taufe eines zur christlichen Religion Uebergetretenen (§. 1086), und der Gebrauch falscher Karten, Würfel oder anderer Werkzeuge im Spiel (§. 1089) — weil beide mit Zuchthausstrafe oder Festungsarreste bestraft werden (§. 1093.).

6) Weit richtiger bestimmte die Sache das österreichische Strafgesetzbuch c), wenn es sagt: „Verbrechen sind gesetzwidrige Handlungen und Unterlassungen, bei welchen die Absicht eigens auf dasjenige gerichtet ist, was die Sicherheit im gemeinen Wesen verletzt, und welche die Größe der Verletzung, oder die gefährlichere Beschaffenheit der Umstände zur Kriminalbehandlung eignet.“ —

7) Nach dem Code pénal der Franzosen ist diejenige rechtswidrige Handlung, „welche die Gesetze mit einer wirklichen Leibes- oder infamirenden Strafe ahnden“ — ein Verbrechen (crime). d)

c) Gesetzbuch über Verbrechen und schwere Polizeiübertretungen. Grätz bei Kienreich 1804. Einleitung n. 2.

d) Art. 1. L'infraction, que les lois punissent d'une peine afflictive ou infamante est un crime. — Merkwürdig ist hier, noch mehr in Beziehung auf den obigen §. 7. jene Stelle in den Motifs pag. 9.: Le premier de ces articles (préliminaires) définit les expressions de crime, délit, et contravention, trop souvent (!) confondues et employées indifféremment.

Désormais le mot crime désignera les attentats contre la société, qui doivent occuper les cours criminelles. Le mot délit sera affecté aux désordres moins graves, qui sont du ressort de la police correctionnelle etc.

§. 16.

3) Von Seite des Verfassers.

Verbrechen ist mir *die freiwillige und vorsätzlich vollbrachte Verletzung eines öffentlichen absolutnothwendigen Rechtsverhältnisses*. Ich schreite zur Deduktion der wesentlichen Momente dieses Begriffs:

a) *freiwillige Verletzung*. So lange ich nicht mit völliger Freiheit eine Handlung be-
gehen oder unterlassen kann, sondern das eine
oder das andere von einem Zwange abhängt; so
lange kann von keinem Verbrechen die Rede
seyn. a)

b) *Vorsätzliche*. Der Vorsatz macht die
subjektive Quantität einer Rechtsverletzung, und
diese macht erst in der Konkurrenz der objektiven
Quantität die Wesenheit eines Verbrechens aus.
Jene begreift die offenbare Reflexionsfreiheit des
Verbrechers, vermöge welcher er die rechtswidri-
ge Handlung entweder projektirte und begieng,
oder doch dieselbe, wenn auch ohne vorgefassten
Entschluß, besonnen verübte. Der Akt der Ver-
letzung muß also immer in einer bösen Absicht
oder mit dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ver-
übt worden seyn.

c) *Verletzung eines öffentlichen
Rechtsverhältnisses*. Dadurch unterscheidet

a) Vergl. Feuerbach Lehrbuch §. 85.

sich das Verbrechen von Civilvergehn. Jenes ist nie vorhanden, wenn eine Rechtsverletzung nicht gegen das öffentliche Wohl gerichtet ist — wenn also durch eine Handlung eine blofse Privatverbindlichkeit verletzt worden.

d) Absolutnothwendigen Rechtsverhältnisses — dadurch unterscheidet sich das Verbrechen von Vergehn. Nur dann charakterisirt sich eine menschliche Thatäußerung zum wahren Verbrechen, wenn die Stufe des Rechts, in welche sie zerstörend eintrat, in der absoluten Höhe der politischen Existenz der Staatsgesellschaft schwebt. — Doch mag das Faktum an sich, nämlich der objektiven Quantität nach, immerhin zu einem Verbrechen qualifizirt seyn; so ist dasselbe doch kein solches, wenn daneben notorisch der böse Vorsatz ausgeschlossen bleibt. Diese beiden Merkmale der ob- und subjektiven Quantität sind die Kriterien, welche bei der wirklichen Existenz eines Verbrechens sich wechselweise bedingen.

e) Die Rechtsverletzung muß auch vollbracht seyn. Nie macht schon der Versuch an sich, so lang er nicht selbst als solcher ein wahres Verbrechen ist, den auf Verletzung Bedachten zu einem Verbrecher. b) Die That muß daher

b) Man wende mir nicht ein: „dafs doch in der Erfahrung auch blos versuchte Verbrechen, d. h. Thaten, die ohne gefährlichen Erfolg geblieben, kriminell und mit

1) als Läsion hervortreten; fehlt die Verletzung, so ist in der Regel noch kein Verbrechen vorhanden; 2) sie muß zur Erscheinung gekommen seyn; denn nur so klar gegeben gehört sie vor den Gerichtshof des äußern Rechts, ausserdem vor das Forum internum, und kann alsdenn nur Sünde seyn.

§. 17.

Wesentliche Erfodernisse eines Verbrechens. a) Dolus.

Die wesentlichen Erfodernisse eines Verbrechens bestehen demnach 1) in dem bösen Vorsatz

allem Rechte bestraft werden.“ Solche Verbrechen sind alsdann wirklich vollendet, und nicht bloß versucht. Man täusche sich mit den Worten nur nicht selbst! So z. B. müßte man von dem Verbrechen des Hochverrathes sagen, daß es ein crimen non consummatum sey, wenn die Verschwörung entdeckt wurde, und dieselbe ohne staatsvesderblichen Erfolg blieb. Allein hier ist das Verbrechen vollendet, die Thäter trifft die volle gesetzliche Strafe, denn es ist alles geschehen und bewirkt worden, was zum Begriffe dieses Verbrechens gehört. Schon die L. 11. D. ad L. Jul. Majest. stellt diesen so auf: „perduellionis reus est, hostili animo adversus rempublicam vel principem animatus.“ Man vergl. hierüber Feuerbach a. a. O. §. 42 und §. 163. —

(dolus) — als subjektiven Grund der Rechtsverletzung, 2) in unersezlichen (natürlichen) Rechten — als Objekt der Verletzung.

Böser Vorsatz wird unumgänglich zu jedem Verbrechen erfordert, und es giebt durchaus keine sogenannten kulposen Verbrechen. Dieß bewährt schon jenes Axiom, welches man im Gegensatze des Civilrechts unter die Prinzipien des Kriminalrechtes aufnahm: „culpa non aequiparatur dolo.“ — Ueberhaupt ist auch zwischen dolus und culpa eine so weite Kluft, die nimmermehr gestattet, beide für gleichbedeutend in allen ihren Folgen zu halten. Mag das Civilrecht diesen Unterschied bei Aufstellung der Grundsätze für die rechtliche Zuerkennung des Schadensersatzes verkennen, es findet seine Rechtfertigung darin, weil nach natürlicher Ansicht schon die culpa vollends zur Indemnisation verbindet. Allein nach dem Kriminalrecht kommt es nicht so fast auf den Ersatz des Schadens, welcher durch eine widerrechtliche Handlung entstanden, als vielmehr auf die Bestrafung des widerrechtlichen Willens an, welcher derselben Handlung zum Grunde lag. Also hier, wo die gesetzliche Folge einer kriminellen That für den Verbrecher immer in dem Verluste eines unschätzbaren Menschenrechtes besteht (§. 19.) kann es nicht eins seyn, die Wirkungen des Versehens oder der Fahrlässigkeit gleich denen des bösen Vorsatzes zu betrachten und zu ahnden. „Dafür, sagt Gönner, a) daß nur böser Vorsatz den

a) Revision des Begriffs und der Eintheilungen des Dolus v.

Gönner. Landshut 1810. 8. S. 11.

eigentlichen Verbrechen ihr Dasein gebe, spricht uns die Vernunft zu laut an, und kulpöse Verbrechen haben wenigstens den Worten nach des Abstoßenden so viel an sich, daß auch die scharfsinnige Abhandlung eines v. Almedingen über kulpöse Verbrechen nur durch einen in der Unterlassung verborgenen Dolus Sinn und Haltung erhält.“

Nachdem aber der böse Vorsatz in dem Gemüthe des Verbrechers zu seiner Geburt reift, wie ist es dem Richter möglich, von seiner Existenz sich zu überzeugen, da es Niemanden gegönnt ist, in der Seele eines Andern zu lesen? — Aber doch! Zwar ist es richtig, das Rechtsgesetz hat es nur mit dem äussern Forum zu thun, die Gedanken ohne äussere That sind unsträflich; b) allein die subjektive Absicht des Handelnden muß sich ja in der Handlung *ausgesprochen* haben, so daß sie vom Richter klar erkannt werden kann. Da sagt uns die That und der sichtbare Zusammenhang der Ursache mit der Wirkung — mit gröfserer Zuverlässigkeit, als das befragte Subjekt der Handlung selbst, ob wirklich böser Vorsatz mit untergelaufen sey? c)

b) Bekannt ist der Satz: „*de internis non judicat praetor*“ — so wie jener aus der L. 18. D. de poenis: „*cogitationis poenam nemo patitur*.“

c) Wenn die Gewilsheit des Dolus einzig vom Geständnisse des Verbrechers abhängen sollte, wie Kleinschrod a.

Es ist ja Forderung der Vernunft anzunehmen, daß jeder freien Handlung eines vernünftigen Wesens ein gewisser Zweck unterliege. Dieser Zweck, mag er sich auch in den innersten Falten des Herzens gründen, muß sich doch in der Handlung äussern — und fällt sohin in die Prüfung des Richters. Nämlich zur Erreichung eines Zweckes muß der Mensch sich gehöriger Mittel bedienen; diese sind denn entweder im (nothwendigen oder leicht möglichen) Zusammenhang mit dem wirklichen Effekt, oder nicht. In jenem Fall ist der Dolus vor dem Gerichtshof des äussern Rechts völlig begründet, und seine rechtliche Imputation ist nur mehr durch den vollen Beweis des Gegentheils abzuwenden. d)

a. O. Th. I. §. 25. nebst m. a. behauptet; so würde der Richter wohl selten eine rechtswidrige Handlung als ein Verbrechen imputiren dürfen, denn ihr Urheber wird doch immer so klug seyn, seine wahre Absicht zu verhehlen? Oder es müßte der Tortur statt gegeben werden! — „Kömmt es wohl darauf an, schreibt Gönner a. a. O. S. 22., ob der Mörder sagt, er habe bei der Vollführung des tödtlichen Stosses gegen seinen Feind die Absicht nich gehegt, zu morden? Wir werden seine Schuld (reatus) nach seiner That bemessen, unbekümmert um seine individuelle wahre oder falsche unerlaubte Absicht.“

d) Vergl. v. Globig und Huster a. a. O. S. 47. n. 2.

§. 18.

b) Unschätzbare Rechte als Gegenstand der Verletzung.

Doch darum allein, daß die Rechtsverletzung sich aus einem bösen Vorsatz herleite, ist sie noch kein Verbrechen. Ihr Objekt kömmt gleichfalls in Betrachtung. Dieses darf demnach kein anderes seyn, als solche Rechte, welche die *conditio sine qua non* der großen gesellschaftlichen Verbindung ausmachen; daher auch nur solche Rechte, um derentwillen der Schutz des Staates zunächst gesucht, und mit Verzichtleistung auf Privatrache für ihre mögliche Verletzung demselben das Strafrecht allgemein zuerkannt worden, Gegenstand eines Verbrechens seyn können. Da der Staat nichts Getrenntes von seinen Bürgern, sondern in ihrer Aller Umfassung eine moralische Person vorstellt, und als solche allerdings Rechte und gerade die heiligsten anspricht; so steht die Verletzung dieser hinsichtlich ihrer Größe voran. Staatsverbrechen oder sogenannte öffentliche Verbrechen sind demnach größer und schwerer, als Verbrechen gegen die Einzelnen. a) Die Rechte selbst aber, die beiden zukommen, können wieder verschiedenen Werth an sich haben. Daher erklärt sich die Erscheinung, daß manchmal ein sogenanntes Privatverbrechen härter bestraft wird, als ein öffentliches. So z. B. das Verbrechen gegen das Leben des Bür-

a) Vergl. Wagner a. a. O. S. 673.

gers ist an sich schwerer, als ein Verbrechen gegen die Verwaltung des Staates, obschon das Verbrechen gegen das Leben des Staates die schwerste Strafe unter allen verdient.

Die Rechtsgegenstände, deren Verletzung sich überhaupt zu einem Verbrechen qualifizirt, sind folgende: 1) der Staat — (moralische Person) mit den nothwendigsten Rechten a) auf seine Existenz und Verfassung, b) auf seine allgemeine Regierungsgewalt, und c) die besondern Aemterverhältnisse. 2) Der Bürger — (physische Person) mit den unschätzbaren Rechten a) auf Leben und b) Leib, sowohl was dessen Unverletztheit und Reinheit, als auch c) seine Freiheit betrifft, und d) auf Ehre. 3) Eigenthum Beider.

Unter diesen Rechten sind nun einige absolut, die andern bloß relativ. Dafs die Verletzung der Letztern nun auch zu krimineller Behandlung sich eignen könne, beruht in den besonders gefährlichen Folgen, welche dieselbe allgemein im Schwunge unausbleiblich nach sich ziehen würde, und in ihren vielseitig schädlichen Wirkungen auf die allgemein nothwendigen Rechtsverhältnisse. Absolut ist das Recht auf Leben, Leib und Freiheit, relativ das Recht auf bürgerliches Leben (Leben im Staate), Ehre und Besiz. b) Da ich oben den

b) Bürgerliche Ehre und Eigenthum sind keine natürlichen sondern hypothetische Rechte. Sie schreiben sich nach Globig a. a. O. S. 295. von Eingehung des allgemeinen

Staat als etwas von den Bürgern ganz und gar nichts Getrenntes, sondern in deren vollen Umfassung für eine moralische Person erklärte; so passen diese Rechte gleichfalls auf ihn. Denn dem Leben des Bürgers steht gegenüber das Leben des Staates — als organisches; die Staatsverfassung oder auch sein Gebiet ist dem Leibe des Bürgers zu vergleichen; desselben Unabhängigkeit von fremden Einflüsse — dessen persönlicher Freiheit. Die Ehre des Staates ist in seinem Haupte, dem Regenten niedergelegt, daher Majestätsverbrechen und Injurien. Endlich leidet es auch keinen Zweifel, daß der Staat eben so gut als sein Bürger Eigenthum haben könne.

Zweiter Titel.

Zweckmäßige Strafen für die Verbrechen.

§. 19.

Allgemeine Grundsätze.

Durch die Geseze wird der Vernunftstaat überhaupt erst zu einem positiven; durch sie erhält

gesellschaftlichen Vertrages her. Kleinschrod a. a. O.

S. 7. in der Note rechnet nur das Eigenthum darunter, —

das Gebilde einen äufsern Umrifs. Je zweckmäfsiger nun jene gegeben werden, desto schöner, vollkommener wird auch dieser seyn. Der Inhalt der Geseze mufs also genau den Foderungen der Vernunft und dem Grunde entsprechen, aus welchem im Allgemeinen dieselben vorhanden seyn müssen. Das Gesez mufs (als Lebensprinzip) nur jenen Grad der Strafe enthalten, welcher im Gleichmalse steht mit dem Karakter der Handlung, wodurch erwiesen dasselbe übertreten wurde. Die hehre Themis, wie sie blind und unbestechlich vor den Augen der Welt die Thaten nach den Geboten richtet, sie mufs fest mit der Rechten die Wage halten, aber in die eine Schaale das Verbrechen — in die andere nur jenes Mafs von Strafe legen, dafs die Zunge ohne Schwanken in senkrechter Linie bleibe.

Es ist also Problem der Gesetzgeber, und unerläfsliche Pflicht, die Strafen genau den sie bestimmenden Handlungen anzupassen. Eben nicht die leichteste Aufgabe! Indessen man berücksichtige nur die Schwere der Handlung an sich (denn durch ihren innerlichen Karakter nüanciren sich die feinsten Unterschiede selbst unter Verbrechen der nämlichen Art) und gebe auch den Foderungen des Zeitgeistes Gehör! Dieser ists, der soviel in der Lebensweise, in den Sitten, in den Begriffen einer Nation überhaupt ändert — er ists, der wenn die Regierungen mit ihm gleichen Schritt zu halten zögern, manchem Gesez eigenmächtig derogirt. a) — Hat man also diese zwei Rück-

a) Ich möchte hier fragen, ob nach den ältern Gesezen das erwiesene Verbrechen eines grossen Diebstahls (über

sichten nicht hintangesetzt; so wird es leicht, ein festes Prinzip zu finden sowohl zur Bestimmung der Kriminal- als eigentlichen Polizeistrafen. — — Werfen wir einen Blick auf die ältern Gesetzbücher! In der Carolina, wie in dem Cod. Jur. Bav. Crim. von 1751 finden wir die schrecklichsten Martern als eigentilch peinliche Strafen neben den unbedeutendsten Rügungsarten festgesetzt! Jede Handlung, wenn sie nur rechtswidrig war — mochte sie es auch im geringsten Grade nur seyn, war in denselben peinlichen Gerichtsordnungen bedroht! Aber man fühlte doch zuweilen, dafs die rechtswidrigen Handlungen natürlich von zweierlei wesentlich verschiedener Gattung seyn können, und diesem Gefühle huldigte man bei Manchen durch Festsetzung — willkürlicher Strafen! Gewisse rechtswidrige Thaten sind dort mit Ahndung zu belegen dem Richter heimgestellt. Gewöhnlich unterliegen die eigentlichen Vergehen einer poena arbitraria — ein Beweis der bessern Einsicht, dafs gar viele unerlaubte Handlungen als keine wahren Verbrechen angesehen werden können.

Einen grossen Schritt that die österreichische Gesetzgebung durch strenge Scheidung des Kriminalen vom Polizeilichen. Um so richtiger mußte sie nun auch das Gleichmafs finden zwischen den rechtswidrigen Handlungen und ihren rechtlichen Folgen, weil ihr schon durch jene Theilung die

20 oder 25 Gulden am Betrag!) heut zu Tage noch mit dem Tode bestraft werde??

Nothwendigkeit oblag, zwei Hauptklassen von Strafarten festzusezen. — Nach dem Prinzip der Reaktion trifft die Rechtsverletzung krimineller Gattung die Entziehung eines solchen Rechts als Strafe, welches dem durch die widerrechtliche Handlung soviel möglich korrespondirt. Zwar ist es nicht immer möglich, noch auch politisch räthlich, bei dem buchstäblichen Sinne der Wiedervergeltung stehn zu bleiben, sondern es muß oft durch Reflexion eine Gleichheit zwischen Verbrechen und Strafen ausgemittelt werden. Jedoch findet die strengste Wiedervergeltung unstreitig für die dolose Beraubung des höchsten unersezlichen Menschenrechtes statt, wo der Saz gilt: „Leben für Leben.“

§. 20.

Prinzip der Kriminalstrafen.

Die Antwort auf die Frage: welche Strafarten die Kriminal- und welche die Polizeigewalt besonders anzuwenden habe,“ läßt sich zwar zunächst so geben, daß man sagt: „keine andern, als welche in dem ihr bestimmten Gesetzbuche ausdrücklich oder analog erlaubt sind.“ — Indessen erhält sie ihre Begründung erst durch Lösung einer andern Vorfrage: „welche Strafen überhaupt der Staat auf die Begehung rechtswidriger Handlungen sezen dürfe?“ — Bei der Aufstellung seines Prinzipes hiefür hat er vor allem die Natur eines zu betrafenden Faktums zu erwägen. a) Besteht diese

a) Es ist anerkannt nothwendig, daß die Legislation, wenn sie vernünftige Geseze geben will, den Grad, die

in der geschehenen Verletzung eines unschätzbaren oder unersetzlichen Rechtes, welches im unmittelbaren Zwecke des Staates liegt; so ergiebt sich ihm ein Grund, die Strafe dafür ebenfalls in den Verlust eines unschätzbaren Gutes zu setzen. Ist die unerlaubte Handlung (denn immer sind es ja nur die Handlungen der Menschen, auf welchen sowohl das Strafrecht als die Strafgesetzgebung beruht) von der Art, daß sie sich als solche in der Verfehlung gegen mittelbare Staatszwecke äussert; so kann die Strafe dafür nicht Verlust eines unwiederbringlichen Gutes seyn, weil durch jene Handlung auch kein solches verletzt wurde.

Diese Ansicht führt mich denn auf folgenden Grundsatz: „*Die Kriminalstrafen müssen auf Entziehung von solchen Rechten gehn, die dem Schuldigerhantten von Natur als Menschen schon für sich zustehen.*“ — Daraus folgt, daß durch ein Kriminalurtheil ganz gerecht . . . aller - persönliche, unersetzliche, unschätzbare Rechte zu Verluste gehen können.

Uebrigens kann Besserung eben so wenig wie Abschreckung als Prinzip der Kriminalstrafen gelten. Denn die meisten Kriminalurtheile sprechen doch nur auf Tod oder Beraubung der Frei-

Härte oder Milde der Strafe genau nach der innern Strafbarkeit, nach dem eigentlichen Charakter der zu bestrafenden Handlung bemessen müsse.

heit im strengsten Sinne des Wortes. b) Nun ist dem Hingerichteten Besserung hienieden offenbar unmöglich, und bei dem Eingekerkerten — wenigstens schwer zu erkennen, weil seinen Handlungen das nothwendige Requisit ihres Werthes, der freie Entschluss, doch größtentheils fehlt. — Bei den Kriminalstrafen darf keine Rücksicht auf das Subjekt des Verbrechens genommen werden; sondern es wird gestraft, weil es verbrochen hat, und so gestraft, um es dafür verdienter Massen zu strafen. c)

§. 21.

1) Todesstrafe. a) Rechtmäßigkeit derselben.

Da die Strafe überhaupt nicht bloß auf Klage des Verletzten oder zu dessen Genugthuung, sondern von Staatswegen zu verhängen ist; so fodert schon das natürliche Prinzip der strengen Wiedervergeltung eine dem Grade und der Art nach gleiche Retorsion des verletzten Rechts. Ist dieses dem Menschen das unwiederbringlichste — die nothwendige Bedingung aller Rechte; so leidet es keinen Zweifel, daß nun der Verbrecher ein

b) Namentlich erkennt das österreichische Gesetzbuch auf Verbrechen nur Kerker und Tod. (§. 9.)

c) Entgegengesetzter Meinung ist Lotz a. a. O. S. 66. in der Note, nebst m. a.

Opfer der Gerechtigkeit, des nämlichen unersetzlichen Rechtes verlustig werde. Wie die Aktion — des Verbrechers, so die Reaktion — des Staates. Lag in jener der bewährte Grund einer solchen Rechtsverletzung, welche die mystische Persönlichkeit des Staats, oder die Persönlichkeit seiner Bürger zum Objekt hatte, und kam sie selbst als Resultat des bösen Vorsazes zur äussern Erscheinung; so muß die Reaktion ebenfalls, wie mechanisch zurückwirkend, auf Vernichtung der Persönlichkeit des Verbrechers gehn. Die adäquate Strafe für Mord und Todschatz ist demnach, wenn letzterer nicht Folge nothwendiger Selbsthülfe oder einer bloßen Schuldhandlung war, nur die Todesstrafe.

Es ist schon viel für und wider die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe gestritten worden. Allein was dagegen die Theorie auch noch so schön gesagt haben möchte, widerlegte die Erfahrung als nichtig. In Oestreich ward unter Joseph II. ruhmvollen Angedenkens die Todesstrafe gesetzlich abgeschafft; aber man überzeugte sich bald, daß man sie unter den Menschen, so lange diese noch nicht sind, wie sie seyn sollten, nimmermehr entbehren könne. — Mit jenen Grundsätzen, mit welchen „die Humanität voll des Abscheues vor der Marter des Todes, voll des Mitleides über den Schmerz eines Menschen, der wenn auch Verbrecher doch immerhin ein Mensch ist, voll der Achtung für Menschenleben und Bürgerwerth in hochdeklamatorischen Tone an das Gefühl zu appelliren versucht“ — reicht man wahrlich nicht

weit; man verräth damit, daß man die Blindheit der Themis als sichern Beweis ihrer Unpartheilichkeit nicht anzuerkennen, daß man die unumstößliche Wahrheit jenes Sazes: „fiat justitia et pereat mundus“ nicht zu fühlen vermag. Warum soll der Mörder, der mit schelmischer Tücke seinen friedlichen Mitbürger anfiel, seines Flehens nicht achtend, ihm den kalten Stahl mit kaltem Herzen durch die Brust stiefs, warum der Hochverräther, welcher das Wohl des Vaterlandes dem Feinde Preis gegeben, die politische Existenz eines Staates gefährdet hat, dem Schwerte der Gerechtigkeit entzogen werden? — Sie müssen sterben! Denn sank durch ihre Missethat das Leben einer Unschuld, der Friede eines Landes; so fodert das Mitleid über die Interessenten bei dem ruchlos zerstörten Familien - oder Landesglück, daß kein Mitleid mit den Verbrechern zu haben, sondern durch ihr Blut die schwere Schuld getilgt, und der beleidigte Staat ausgesöhnet werde.

Die demüthige Resignation selbst, womit der Malefikan das Schaffot besteigt, beurkundet es und sein eignes Gefühl, daß der tödtliche Streich, den er mit dem nächsten Schritte erwartet, das höchste ihm noch wiederfahrende Recht hienieden sey. Das Bewußtseyn dieses Rechts lebte in ihm schon, als er die es bedingende That zu verüben eben im Begriffe stand — und doch handelte er nicht menschlich; darum hört er auf, Mensch zu seyn! Er selbst zerrifs die engen Bande, die ihn an die Menschheit knüpften — und so trägt nur er selbst die Schuld, daß er nun ohne Haltungspunkt

seines eigenen Falles gewiß sey! Herausgetreten aus dem Kreise aller Rechtsverhältnisse zum Staat, bethätigte er sich als Feind desselben durch die Waffe seines bösen Vorsazes; in einem solchen Kriege ist nur Recht bei der Uebermacht, er verliert also alles aus eigenem Willen — selbst sein Leben.

Die Gegner dieser Meinunga) sind gewöhnlich defswegen wider die Todesstrafe, weil wie sie behaupten der Staat dazu kein Recht habe, und also eine Ungerechtigkeit, eine Grausamkeit begehe. Allein sie müssen dabei doch auf ein Surrogat der Todesstrafe denken. Erwägt man nun ein solches genauer; so ist es oft grausamer, die Würde des Staates entehrender, als die wirkliche Todesstrafe. Man erinnere sich nur an den Schiffszug in Oestreich unter Joseph II., oder an jene besondere Strafe eines Vaternörders, der an eine Wand gefesselt, und so ihm nah gegenüber seinen ausgestopften Vater immer anzusehen gezwungen war. — Die Vertheidiger der gegentheiligen Meinung verfehlen sich daher nicht selten gegen ihre eigenen Gründe.

a) Als solche erklären sich auch manche polizeiliche Schriftsteller. Man s. Lotz a. a. O. S. 68 und 69. — von Sonnenfels Grundsätze der Staatspolizei, Handlung und Finanzwissenschaft, umgearbeitet von Fr. Xav. von Moshamm. München 1801. S. 182 und folg. — Lotz gestattet die Tödtung nur als einen Akt der Polizeigewalt (!) so wie auch von Sonnenfels (§. 380.) . . .

§. 22.

b) Foderung des Zeitgeistes, für Eine Todesart.

Es ist eine bekannte und durch die Erfahrung nur zu oft bestätigte Wahrheit, daß zu gelinde Strafen im Ganzen nicht nur für den Staat selbst gefährlich, sondern auch für die Verbrecher von den nachtheiligsten Folgen seyn können — indem des Erstern Sicherheit von den Beschlüssen ruchloser Bösewichte, welche in den gesetzlichen Folgen ihrer Thaten nicht ein aufwiegendes Gleichmaß von Strafe zu berechnen haben, in präkärer Abhängigkeit steht; die Leztern hingegen in Vertröstung auf diesen ungleichen Kalkül Schuld auf Schuld häufen. Allein im Gegentheil tritt der Staat durch Festsetzung zu schwerer oder gar grausamer Strafmittel sowohl seiner eigenen Majestät als der Menschenwürde des Sträflings zu nahe. —

Einfacher Verlust des Lebens ist schon nach der allgemeinen Meinung der höchste und empfindlichste; wie kann nun ein vernünftiger Gesetzgeber mit dem Genie eines Tyrannen auf grausame Todesarten sinnend, und sie, soweit sich selbst vergessend — da er nicht als Marterer sondern als strafender Richter erscheinen soll — sogar zur allgemeinen Anwendung festsetzen? . . . Berücksichtigt man den Eindruck, den die qualifizirten

in den wenigen Fällen, in welchen jeder Augenblick des dem Verbrecher verlängerten Lebens das gemeine Wesen einer neuen Gefahr aussetzt.

Todesstrafen machen; so ist er sogar schädlich. Denn man denkt bei ihrer Exekution bloß an die Grausamkeit der Strafe, an die Grausamkeit des Staates, in dem sie wirklich vollzogen wird. Die Zuschauer vergessen dabei nur gar zu gerne das Recht und den Zweck, warum gestraft wird — sie überlassen sich der Ueberredung ihres Gefühls und dem gleich fertigen Mitleid, weihen sogar in der Gepresstheit ihres Herzens Thränen dem Unglücklichen, statt ihm als Verbrecher, welcher Haß und Abscheu verdient bis er mit seinem Blute die Gesellschaft ausgesöhnet hat, durchaus solche Ehren zu versagen. Wie viele verlassen nicht mit Ingrimm gegen die Regierung oder doch mit Mißtrauen gegen die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe überhaupt den Richtplatz, wenn man dort eben mit graufamer Erfindung langsam einen Missethäter vom Leben zum Tode beförderte.

Ich will hier übrigens nicht in Abrede stellen, daß es Zeiten gegeben haben mag, oder in der Folge vielleicht geben könne, in welchen es Rath der Politik, auch geschärfte Todesstrafen eintreten zu lassen — theils wegen der Frequenz einer besonders strafbaren Handlung, theils wegen der Abschreckung von derselben, daß sie weniger an die Tagesordnung komme. Allein solche Geseze und Strafen müssen immer transitorisch seyn! Sobald die Periode vorüber ist, welche sich durch die besondere Neigung zu gewissen groben Verbrechen charakterisirt, so bald ende auch die Schärfung der Strafe dafür. Nachdem wir denn immer in jener Zeit leben, wo die Integrität der

Person und des Eigenthums nicht von einem Tage zum andern zu verbürgen war, wo die Sitten und Charaktere noch viel roher und steifer, auf den Menschen selbst viel härter durch Strafen einzuwirken war; nachdem wir vielmehr überhaupt zur Einsicht der allgemeinen Nothwendigkeit der Geseze gelangt sind, auch durch geringe Strafe mit Erreichung des nämlichen Zweckes unsre feinere sowohl physische als moralische Natur angegriffen werden kann; so ist es ausgemacht richtig, daß die strengen Strafgesetze der Vorzeit für unsere Tage nicht mehr passen. — Die Praxis hat in Deutschland auch schon wirklich die qualifizirten Todesstrafen ausser Gebrauch gesetzt. Man hört nichts mehr, daß gegen die sonst geeigneten Verbrechen das *Rad*, *Wasser*, *Feuer*, *Lebendigbe-graben* oder *Viertheilen* in Anwendung gebracht werde, obschon übrigens noch in manchen Landen nach Gesezbüchern gesprochen werden soll, worinn fast alle jene Strafen auf gewisse auch heut zu Tage noch zuweilen erhörte Verbrechen ausdrücklich festgesetzt sind.

Nun soll der gesezliche Ausspruch nur auf eine einfache Todesstrafe gehn! Aber welche? Schwert oder Strang? a) — Das östreichische Gesezbuch spricht (Kap. II. §. 10.) nur auf den Strang, und hält somit jene ärztliche Meinung, zu welcher sich namentlich auch ein Soemmering

a) Beil und Guillotine sind gegenwärtig fast in ganz Deutschland fremd, obschon jenes keineswegs in der Vorzeit.

bekannt, b) für die richtigere, daß nämlich das Henken nicht so schmerzhaft sey, als das Köpfen. Wie aber, wenn sich die Techniker irren? — Ich weiß es, merkwürdig sind die Versuche, welche die Aerzte schon mit den Köpfen der Enthaupteten an Ort und Stelle machten. Wenn diese auch noch wenige Minuten lang Zeichen von Bewußtseyn von sich geben können — haben wir im Gegentheil nicht auch Beispiele, daß man Gehenkte sogar zum Leben wieder zurückbrachte? — Was man gegen die Schwertstrafe einwendet, daß ein ungesickter Scharfrichter den Missethäter (durch Fehlhiebe) martern könne, möchte zuweilen auch von der des Stranges gelten, wenn nicht schnell genug zugleich das Genicke gebrochen wird. — Mir sey gegen die Verfügung des österreichischen Gesetzbuches nur die Einwendung erlaubt, ob gegen die bisherige Observanz c) auch Weiber mit Anstand gehenkt werden? — Nebst dem hält nicht allein die ältere Praxis, sondern auch der Philosoph d) den Strang für eine schimpf-

b) Man s. „Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft und Gesezkunde, herausgegeben von K. Grolman, Th. I. S. 394. —“

Darstellung der Lehre von Strafen und Verbrechen v. Dr. Salchow, Jena 1804. §. 25.

c) Die P. G. O. setzt statt dem Strange bei Weibern das Ertränken fest. M. s. P. G. O. von Koch S. 86. (clxij.)

d) Man s. Wagner a. a. O. §. 630 und §. 657.

lichere also auch für eine härtere Strafe als das Schwert!

§. 23.

c) Einschränkung der Todesstrafe auf wenige Verbrechen.

Dafs die Todesstrafe eingeschränkt werden müsse, bewiesen nicht nur manche Rechtsgelehrte, a) sondern auch manche Gerichtshöfe, — und waren diesem geläuterten Grundsatz auch getreu, mehr wie den entgegenstehenden Verordnungen des geltenden Gesetzbuches.

Die einfache Todesstrafe dürfte daher nur bei folgenden Verbrechen statt finden:

1) gegen *Hochverräther*; 2) gegen *Urheber* einer Rebellion, in welcher Menschen gefallen; 3) gegen vorsätzliche *Mörder* (nach gewissen Voraussetzungen mit Ausnahme des Kindermords); 4) gegen *Brandstifter*, wenn sie zur Nachtzeit, oder in diebischer oder mörderischer Absicht Feuer angelegt; 5) gegen *Räuber*, wenn durch deren Gewaltthat Jemand lebensgefährlich verwundet worden, und insbesondere 6) gegen die *Anführer* gefürchteter Banden.

a) Man s. Kritik des Kleinschrodischen Entwurfs zu einem peinlichen Gesetzbuche für die baierischen Staaten von J. P. A. Feuerbach. Gießen 1804. Th. III. S. 176.

Nach dem *Code pénal* art. 132. wird auch das Nachmachen oder Verfälschen der in Frankreich gesetzlich kursirenden Gold- und Silbermünzen, ingleichen die Theilnahme an der Verbreitung solcher Münzen, oder an ihrer Einführung auf das französische Gebiet mit dem Tode bestraft. Der art. 139 setzt auf das Nachmachen von Staatssiegeln, Stempeln, Banknoten u. dgl. und ihren Gebrauch gleichfalls die Todesstrafe.

§. 24.

2) Bürgerlicher Tod.

Nach der gewöhnlichen und natürlichen Ansicht der Dinge bleibt zwar der Mensch so lange Subjekt der Rechte, als er am Leben ist; mit diesem erlöschen erst die Rechte. Allein der positiven Gesetzgebung kann es die Politik zur Pflicht machen, den Menschen auch schon während seines Lebens durch zweckmäßige Verordnung der bürgerlichen Rechte zu berauben — wenn nämlich derselbe sich eines besondern Verbrechens schuldig gemacht. So führte die Natur der Sache wieder zuerst die französische Gesetzgebung darauf, den Verlust der Civilrechte (bürgerlichen Tod) als Folge gerichtlicher Verurtheilung auszusprechen, a) dafs ich also die Wirkungen dessel-

a) Man s. *Code Napoléon* L. I. Tit. I. chap. 2. Sect. 2. „de la privation des droits civils par suite des condamnations judiciaires.“

ben meines Wissens mit Recht eine Erfindung des Code Napoléon nennen darf.

Dieser bürgerliche Tod kann aber nur 1) Folge eines Verbrechens oder 2) einer gerichtlichen Verurtheilung seyn. — Nach dem Code Napoléon ziehen jene Verbrechen denselben nach sich, welche mit dem Tode oder dessen Surrogat dem ewigen Gefängniß bestraft werden. b) Der Gültigkeit der gerichtlichen Verurtheilung, welche ihn zur Folge haben will, muß kein Hinderniß mehr im Wege stehn. c)

Die Wirkungen des bürgerlichen Todes, so wie sie das französische Gesetzbuch nach natürlichem Prinzip bestimmte d), lassen sich im Wesent-

b) C. N. art. 23 und 24. — Vergl. auch Code pénal art. 18. Les condamnations aux travaux forcés à perpétuité et à la déportation, emporteront mort civile. — Néanmoins le Gouvernement pourra accorder au déporté, dans le lieu de la déportation, l'exercice des droits civils, ou de quelques-uns des ces droits.

c) Darauf deutet vorzüglich hin art. 227. „la condamnation devenue définitive — —

d) Sehr richtig liefs es ihn keinen Einfluß auf die Leibrente haben (art. 1982) weil diese doch kein bürgerliches Recht ist; der civiliter mortuus aber noch immer jura naturalia behält, worunter vorzüglich nothdürftiger Lebensunterhalt gehört.

lichen auf zwei Klassen bringen: 1) einige treten auf der Stelle schon für die Gegenwart ein, 2) andere haben Bezug auf die Zukunft.

A. Sobald der bürgerliche Tod wirklich eingetreten e), verliert der civiliter mortuus also gleich den Besiz seines sämmtlichen Vermögens; dieses wird für die Erbfolge eröffnet, als ob er ab intestato verstorben wäre. Daraus folgt natürlich, dafs er über dasselbe weder per donationem inter vivos, noch mortis causa verfügen könne. Er kann weder selbst Testator, noch Testamentserbe werden; eben so wenig kann er fremdes Vermögen verwalten, er bleibt ausgeschlossen von jedem Vormundschaftsantheil. Jeder Niefsbrauch erlischt

e) Die Wirkungen beginnen erst, nachdem man die Strafe an der Person des Verbrechers oder in effigie exequirt hat, und nicht schon, wie bei den Römern, wenn das Urtheil nur rechtskräftig geworden. So zieht ein Urtheil, welches auf vorgängige Vertheidigung des Angeschuldigten gefällt ist, den bürgerlichen Tod nach sich von dem Tage der Exekution (art. 26.) hingegen ein in contumaciam gefälltes Urtheil bewirkt ihn erst 5 Jahre nach der Vollstreckung desselben in effigie (art. 27.) Die Ursache dieser Differenz gründet sich in der Präsumtion: dafs ein anwesender Verhörter bereits alles gesagt haben mag, was er zu seiner Vertheidigung nur immer auffinden konnte; dagegen es bei einem Abwesenden noch in Zweifel steht, ob er sich schon gehöriger Vertheidigungsmittel bedient habe.

(art. 617.). Lebte er bisher auch in einer gültigen Ehe, so wird diese nun ipso jure aufgelöst (art. 227. n. 3.), und dem andern Ehegatten sind alle Rechte auszuüben und Klagen anzustellen erlaubt, welche ihm von Rechtswegen nach dem natürlichen Tode des Verurtheilten zustehen würden. Die Gattin des Verbrechers kann ihrem Manne nicht mehr folgen, wenn sie sich schon gutmüthig genug dazu entschliessen wollte. Sie soll nicht unschuldig mit ins Elend gezogen werden, und er nicht unverdient die hohen Gattenfreuden fühlen dürfen. Wer möchte in diesem Zuge die Trefflichkeit des Napoléonischen Gesetzbuches verkennen? —

B. Die Wirkungen des b. T. für die Zukunft bestehen darin: daß der civiliter mortuus unfähig ist, eine gültige Heurath einzugehen, unfähig vor Gericht zu erscheinen — weder in eigenen Geschäften, noch als Zeuge; seine Aussagen haben keinen Glauben mehr. Doch behält er, wenn schon alle bürgerlichen Rechte für ihn verloren gehn, die natürlichen ungekränkt. Er kann sogar jure naturali z. B. durch Händearbeit, Finden, aber nicht durch Testamente oder Schankungen u. dgl. sich noch ein Vermögen erwerben. Für seine persönliche Sicherheit hat er Anspruch auf den Schutz der Geseze — auch an dem civiliter mortuo können noch Verbrechen begangen werden. f)

f) Vergl. Darstellung der Lehre von Strafen und Verbrechen von Dr. Salchow. Jena 1804. S. 33.

Uebrigens hat der bürgerliche Tod der Franzosen viele Aehnlichkeit 1) mit der *capitis deminutio* der Römer. Wer diese erlitt, hörte auf ein römischer Bürger zu seyn. Doch hatten sie selbst wieder verschiedene Grade derselben, nämlich eine *c. d. maxima*, *media* und *minima* — so dafs die erste sogar in den Zustand der Sklaverei versetzte, also den gänzlichen Verlust der Freiheit und des Eigenthums nach sich zog; die andere hatte den Verlust aller Bürgerrechte, die dritte aber blofs den Verlust aller Familienrechte zur Folge. g) 2) Mit der Infamie. Sie zieht den Verlust aller Ehrenstellen und Würden nach sich. h) Der Infame kann weder Zeuge seyn, noch Vormund, noch Erbe.

§. 25.

3) Infamie.

Die durch ein Verbrechen ausgesprochene Bössartigkeit des Willens macht den Verbrecher nach natürlichen Ansichten aller Ansprüche auf bürgerliche Ehre unwürdig; denn nur das rechtschaffene Denken und Handeln berechtigt das im Staate wirkende Individuum zu der hohen Anfo-

g) Höpfners Komentar über die Heineccischen Institutionen §. 187. ff.

h) L. 3. C. de re militari. L. 8. C. de decurionibus. L. 2. de dignitatibus.

derung an Alle, seinem Namen jene Würde beizulegen und zu belassen, welche einer solchen redlichen Handlungsweise vernünftigste Folge ist. Der Verbrecher aber liefs seine freien Willensakte gefährdend gegen die Rechte seiner Mitmenschen wirken; ganz gerecht also ist Versagung der *Ehre* von Seite dieser — die Folge einer *unehrlichen* Denkungsart von Seite desselben. Dadurch wird ein Spalt gegeben, der den ehrlichen Bürger verdienter Maassen zur Rechten stellt, zur Linken dagegen den Verbrecher abscheidet. Jener wird dann auch mehr Reiz empfinden, durch Fortsetzung seiner immer gleich edlen Gesinnungen die ausgezeichnete Stelle fernerhin behaupten zu können; diesen wird es aufmerksam machen, welch' ein Verdienst in Beobachtung rechtlicher Ordnung liege.

Dieses nach natürlicher Ansicht! Allein nach politischen Rücksichten kann die Sache bei vielen Verbrechen sich anders verhalten! Der Staat hat allerdings das Recht, dem Verbrecher seine Ehre ganz oder zum Theile zu entziehen; doch diese Strafe bei jedem Verbrechen, oder als einzige für sich bestehende Strafe zu verhängen, ist weder nothwendig, noch räthlich. Es sind der nachtheiligen Folgen der Infamie allein zu viele, als dafs sie bei unsern gewöhnlichen Staatsverfassungen vernünftige Anwendung finden könnte. Bleibt der gänzlich Ehrlose übrigens im Genusse seiner bürgerlichen Freiheit; so wird diese ihm als einem vor Jederman Gebrandmarkten natürlich zur Last, er ist ja ein Sklave der Schande,

von den übrigen Menschen ausgestossen und verachtet; er ist sich allein der einzige, der sich selbst nicht entfliehen kann, während er mit innerlichem Grimme doch sonst alle Menschen fliehen muß! Er muß zur Verzweiflung kommen; in dieser ... ist es ein Wunder, wenn er den Haß bethätiget, welcher ihn gegen Alle von dem nämlichen äussern Gepräge entflammt? Wenn er in Lebensnoth, welche die Ehrlosigkeit gewöhnlich in ihrem Gefolge hat, a) durch Verbrechen sich sein Brod zu gewinnen sucht?

Die Infamie mit jeder Kriminalstrafe zu verbinden, giebt es viele Gründe, und die neuen Gesetzbücher lassen sich einigermaßen geneigt dazu finden. b) Allein es giebt doch gewisse Verbrechen und gewisse Klassen von Verbrechern, für welche Infamie und deren manchmal so schreckliche Folgen in Begleitung zugleich einer andern Leibesstrafe ungerecht scheinen möchte.

Uebrigens machen die infamirenden Strafen ihre beste Wirkung da, wo das Verbrechen in ausserordentlicher Abscheulichkeit erscheint, oder wo die

a) Vergl. Kleinschrod a. a. O. Th. III. §. 74. Sehr schön spricht hierüber auch v. Globig a. a. O. S. 143.

b) Voy. Code pénal art. 6. — Der art. 28. giebt die Wirkungen der Infamie an. — Man vergl. auch die Motifs du C. P. pag. 14 et 15.

Demüthigung gerade die ein solches veranlassende Leidenschaft zu dämpfen geeignet ist. c)

§. 26.

4) Kerkerstrafe.

Dafs die Freiheitsstrafe überhaupt gegen die Verbrechen ganz richtig ihre Anwendung finde, leidet gar keinen Zweifel. Denn einmal ist gerade sie die natürlichste Folge des Mißbrauchs eines so edlen Gutes, dann können mit ihr die mannigfaltigsten Nebenzwecke erreicht werden. Der Sträfling büßt vorzüglich bei schwerer damit verbundener Arbeit seine That ab, und die Gesellschaft ist vor ihm gesichert; er fördert, wenn schon nothgedrungen, Produkte zu Tage, und muß sich so seinen Unterhalt oft selbst verdienen. Ueberdies besteht der Hauptvorzug darinn, dafs bei dieser Strafe unendlich viele Grade festgesetzt, und also das Verbrechen ganz gleichmäfsig mit seinem Verletzungskarakter verbüfset werden könne.

Wenn die Anstalten, in welchen die Verbrecher die ihren rechtswidrigen Handlungen angemessene Strafe empfinden sollen, gehörig eingerichtet sind, und nie oder doch nur mit Erlaubnifs der besondern Umstände blofse Gefängnisstrafe statt findet; so werden alle Gegengründe von selbst

c) Kleinschrod a. a. O. §. 74. — v. Globig und Huster a. a. O. S. 132. ff.

ihr Gewicht verlieren; denn in jenem Falle wird weder von einer Gefahr für die moralische und physische Gesundheit der Verbrecher; noch von Besorgniß einer Verschwörung, Flucht oder Befreiung derselben die Rede seyn können; und in diesem Falle wird auch der Nahrungsstand und die Familie des Verbrechers nicht leiden dürfen, wenn er nämlich zur Arbeit angehalten, und derselben der Erlös aus dem Produkte zum nothdürftigen Unterhalte zugewiesen wird.

Die Leiter der Strafen soll eben so viele Stufen haben, als die Leiter der Verbrechen. Nachdem diese mancherlei Rechte kränken können, so müssen ihre rechtlichen Folgen natürlich auch nach verschiedener Gradation statt haben; die Kerkerstrafen insbesondere müssen mit gewissen Modifikationen zuerkannt werden. Man hat bisher schon immer — um so mehr, da man Verbrechen und Vergehen noch nicht gesezlich ausgeschieden hatte — aus nothwendiger Erkenntniß der Billigkeit auf Gefängnißstrafen mit allerlei Zusäzen gesprochen. Sogar nach dem Unterschied der Stände hatte man eigens verschiedene Aufbewahrungsorte zur Strafe für solche, die ein Vergehen gegen ihre Standespflichten u. dgl. sich zu Schulden kommen ließen. Diese Orte waren mit den gemeinen Gefängnissen schon deswegen nicht zu vergleichen, weil sie durchaus keine Ehrenkränkung zur Folge hatten. Bei Verbrechen unterschied man Zucht- und Arbeitshäuser, dann den Bergbau, und die Galeerenstrafen u. dgl.

Der österreichische Kriminalkodex (§. 11) kennt drei Grade von Kerkerstrafen, deren Intensität verschieden bestimmt ist. Jeder dazu Verurtheilte (§. 16.) wird auch zu vorgeschriebener Arbeit angehalten.

Der Code pénal hat im Gegensatz der maison de correction eine maison de force, worin gleichfalls nach drey Graden verschiedene Verbrechen abgeübt werden. a) Jeder condamné aux travaux forcés wird zu den schweresten Arbeiten angehalten, und schleppt eine Kettenkugel am Fusse nach, oder wird mit einer Fessel an einen andern Verbrecher gebunden, wenn die Natur der vorzunehmenden Arbeit dieses anders zuläfst. (art. 15.) Weiber und Mädchen, wenn sie zu solcher Arbeit verurtheilt werden, müssen sich derselben unterziehen; jedoch nur im Innern des Arbeitshauses (art. 16.). Was die einfache Gefängnisstrafe anbelangt, so werden die dazu Verurtheilten gleichfalls in ein Arbeitshaus eingesperrt, und zu Arbeiten angewiesen, deren Produkt zum Theil zu ihrem Besten verwendet werden kann (art. 21.).

a) Nämlich auf einigen Verbrechen steht la peine des travaux forcés à perpétuité, auf andern la peine des travaux forcés à temps, auf andern la réclusion.

Zweites Kapitel.

Von Vergehen und den ihnen angemessenen Strafen.

Erster Titel.

Begriff und Erfodernisse eines Vergehens.

§. 27.

Gewöhnlicher Begriff von Vergehen.

Auch hier bei dem Begriffe von Vergehen schwankt der gemeine Redebrauch wieder. Dieses Wörtchen ist gerade eines von jenen, welches man willkürlich mit andern verwechselt; gemeinlich muß es auch als Gattungsbegriff von jeder rechtswidrigen Handlung gelten, wenn sie anders nicht zu grell in die Augen springt, in welchem Falle man doch lieber das kräftigere Wort Verbrechen wählt — geneigt sich fühlend, mit dem Ausdrucke „Vergehen“ keine That gar zu böartigen Karakters zu verbinden. Und dieses mit Recht!

Denn wer eine Musik der Sprache versteht, muß es empfinden und bekennen, daß mit dem Worte „Verbrechen“ bestimmt eine verabscheute Missethat, als trozige Ausgeburt eines bösen Willens angedeutet werde; hingegen in dem sanftern Ausdrucke Vergehen schon nicht jener Nachdruck, jene Stärke der Entrüstung gegen eine solche Handlung liege. — So sagt man allgemein: Das Verbrechen des Mordes, der Nothzucht, und — fleischliche Vergehen, Polizeivergehen.

Doch nicht allein die Sprachkenner, auch bewährte Kriminalisten erkennen den genauen Unterschied dieser Worte als einen im Leben tief gegründeten. So stellt Feuerbach a) dem (Kriminal- und Civil-) Verbrechen das Vergehen als Polizeiübertretung gegenüber. „Wer eine speziell verbotene und durch ein bestimmtes Polizeigesetz mit Strafen bedrohte Handlung unternimmt,“ begeht nach Ihm ein Vergehen. Und Tittmann b) schreibt: „es ist offenbar zweckwidrig, Handlungen verschiedenen Gehaltes, mit einem und demselben Namen zu belegen — auch bezeichnet dem Sprachgebrauche nach das Wort Verbrechen die Verletzung eines großen und wichtigen Rechtes.“ — Erscheidet also streng Verbrechen und Vergehen, rechnet aber zu jenen jede Verletzung angebohrner, zu diesen . . .

a) Lehrbuch des peinl. Rechts. Gießen 1808. §. 22.

b) Grundlinien der Strafrechtswissenschaft und der deutschen Strafgesezkunde 1800. §. 26. not. 1.

jede Verletzung erworbener Rechte. (Nach ihm sind alle Staatsverbrechen — Vergehen.)

Schon das röm. Recht scheint namentlich die *delicta carnis* nicht unter die eigentlichen Verbrechen gezählt zu haben, weil es a) den Mann, der eine Hure beschlief, nie bestrafte, b) diese aber nur dann, wenn sie von dem Aedilis (unserer heutigen Polizei!) kein Privileg erhalten hatte. c) — Auch bei Uns könnte die Bemerkung gemacht werden, daß man die Kompetenz der gemeinen fleischlichen Vergehen einzig der Polizei einräume. Wie lange wollen denn nun noch die Rechtslehrer dieselben wie mehr andere in ihren Kriminalrechtssystemen als Verbrechen behandeln?

§. 28.

Versuch eines neuen Begriffes.

Die Beweggründe, den Ausdruck „Vergehen“ besonders zu würdigen, liegen in der Natur der Sache. a) Wir haben schon gesehen, daß es unge-

c) L. 43. D. de ritu nupt. L. 22. C. ad L. Jul. de adult. — Vergl. Feuerbach a. a. O. §. 453.

a) Mit dem nämlichen Rechte, als die Franzosen ihr „*délit*“, können auch wir Deutsche das demselben gleichbedeutende Wort „Vergehen“ zu bloß spezieller Bezeichnung gebrauchen. „Au surplus (heißt es in den *Motifs du Code pénal* pag. 30.) si dans le langage ordinaire le

recht seyn würde, gegen die Stimme der Vernunft, gegen die Aeufserungen verdienter Rechtsgelehrter, und selbst gegen den Geist der neuesten Gesezbücher, jede rechtswidrige That gleicher Behandlungsart zu unterwerfen. Und ich seze noch hinzu, daß schon der Name Verbrecher und dessen Folgen für den Urheber einer unbedeutenden, wenn schon sträflichen That eben sowohl gegen Humanität, als gegen Gerechtigkeit verstosse. Auf jenen Einwurf, daß doch der Name die Sache nicht mache, darf ich dreist antworten: hier, wo es so viele Mißgriffe gab und noch giebt, kann der rechte Name viel thun. Es gilt doch, keiner Kleinigkeit!

Vergehen heist mir *jede dolose Verletzung eines nützlichen, und jede kulpöse Verletzung eines absolut nothwendigen öffentlichen Verhältnisses* — d. h. jede unerlaubte Handlung b), bei deren sub-

mot délit a une double acception, et est pris tantôt pour le genre, tantôt pour l'espèce, il n'aura dans notre classification que cette dernière acception, et ne s'appliquera qu' à des infractions de moindre gravité que les crimes.“

Man vergl. O. A. Hannamann über die Grenzlinie zwischen Verbrechen und Vergehen. Wien 1805. S. 20.

b) Alles was nach Recht und Gewissen Jemanden zu thun erlaubt ist, kann ihm in dem Begehungsfalle, selbst wenn durch die Handlung ein Anderer Schaden litte, nicht als Vergehen angerechnet, er also dafür nicht verant-

jektiver Quantität nie objektive, und umgekehrt bei deren objektiver Quantität nie subjektive konkurriert. Ich sage

1) jede dolose Verletzung eines nützlichen öffentlichen Verhältnisses — wenn das Motiv der Handlung Dolus ist, so darf ihr Effekt nicht die Verletzung eines solchen Rechtes seyn, welches im unmittelbaren Zwecke des Staates begriffen ist. Wer gegen die Regierungsgewalt des Staates etwas vorsätzlich unternimmt, ist bei ob- und subjektiver Quantität seiner Handlung schon Verbrecher; dagegen kann Jemand gleichfalls mit bösem Vorsatze einer öffentlichen Anstalt der Bequemlichkeit eine geringere Beschädigung zufügen, und er begeht ein bloßes Vergehen.

2) Jede kulpöse Verletzung eines absolut nothwendigen öffentlichen Verhältnisses — der Effekt der Handlung mag immerhin eine solche Rechtsverletzung seyn, die

wortlich gemacht werden. — Jener Begriff: „Vergehen sey eine jede unerlaubte Handlung, wodurch nicht ein allgemeines Gesez (wie es schon in unsre Herzen geschrieben ist) sondern eine besondere Verordnung übertreten wird“ dürfte etwas zu eng seyn, weil er die bloßen Schuldhandlungen, welche auf die Verletzung eines angebohrnen unersetzlichen Rechtes bewirken können, ausschließt.

allgemein begangen, den unmittelbaren Zweck des Staates vernichten würde, wenn nur dabei nicht Dolus, sondern blofse Kulpa mitunter lief; so kann die Handlung doch nur als Vergehen angerechnet werden.

Wir sehen aus diesen zwey Hauptmomenten eines Vergehens, dafs dessen Unterschied von Verbrechen nicht immer durch die objektive Quantität der Handlung konstituiert werde; denn zwey Handlungen können doch, obschon sie einerlei rechtswidrigen Effekt zur Folge haben, verschieden beurtheilt werden, die eine als Verbrechen, wenn sie aus Dolus, die andere als Vergehen, wenn sie aus Kulpa hervorgieng.

§. 29.

Kulpose Handlungen können nur Vergehen seyn.

Alle diejenigen rechtswidrigen Handlungen, denen erwiesen blofse Kulpa zum Grunde liegt, können nicht zu krimineller Behandlung sich eignen a), sind also keine Verbrechen. Allein deswegen sind sie auch noch nicht unsträflich, sonst würde culpa von casu, Schuld von Zufall nicht verschieden seyn, was aber doch in aller Welt

a) In welchen ausserordentlichen Fällen dieses indessen doch möglich ist, mag aus dem §. 9. ersehen worden seyn.

angenommen werden muß. b) Alle rechtswidrigen Handlungen, welche zuverlässig Folgen der Kulpa sind, unterliegen einer Polizeistrafe.

„Das Bewußtsein eines Menschen bei der eben vorzunehmenden Handlung, daß diese schaden könne, verbunden mit der Hoffnung, daß es aber in diesem Falle nicht geschehen werde, und entfernt von dem Wunsche eines solchen Effektes“ — giebt nach der allgemeinsten Meinung den Begriff einer Kulpa. Allein dieser Begriff beruht lediglich wieder auf gewissen Eigenschaften des Handelns.

b) Nehmen wir folgende drey Fälle an: 1) ein Dachdecker sieht während seiner Arbeit einen seiner Feinde vorübergehn — doch in einer solchen behutsamen Entfernung von dem zu deckenden Hause, daß ihn ein zufällig herabrollender Stein nicht treffen könne. Nun ergreift jener einen Stein, und schleudert diesem ihn nach. Da ist Dolus — jede Folge des boshaften Wurfes ist hier imputabel. 2) Den andern Tag versäumt der Dachdecker, an dem Hause ein Warnungszeichen für die Vorübergehenden aufzustecken. Nun trifft wirklich ein zufällig herabrollender Stein einen vorübergehenden Fremden. Hier ist der Dachdecker in culpa. 3) Endlich am dritten Tage fällt dieser nach einem Fehltritt selbst vom Dache herunter — auf einen andern Vorübergehenden, und erschlägt diesen, während er selbst auf diese Art glücklich sein Leben rettet. Hier ist casus sichtbar.

den c), welche nothwendig in jedem Falle verschieden seyn müssen, und deren Verschiedenheit niemals vollkommen zu ergründen ist. Der Richter wird demnach bei der Beurtheilung einer Handlung das Spielwerk der Verstellungskunst ihres Urhebers. Dafs er beim Bewußtsein der Möglichkeit einer Verletzung weit entfernt war von der Beabsichtigung einer solchen, wird derselbe sich wohl anlegen seyn lassen darzuthun, und er kann sich auf diese Art leicht vom Dolus, und der diesem gebührenden Strafe rein waschen, so laut auch die That gegen ihn schreien möchte. Er wird vielleicht noch obendrein seine sträfliche Kenntnifs um den kausalen Zusammenhang seiner Handlung mit ihrem Effekt abzuläugnen suchen.

Man überzeuge sich also, dafs die Kriterien der Kulpa gleichfalls wie die des Dolus einzig aus dem äusserlichen Gewande der vorliegenden Handlung sich entnehmen lassen. d) Der natürlichste Schluss ist der von der Wirkung auf die Ursache.

e) Schon oben (§. 17. not. c.) ist der Fehler gerügt worden, dafs man die Gewifsheit des Dolus, wie hier der Kulpa, erst durch das Geständnifs des Verbrechers herstellen will.

d) S. Gönners Revision des Begriffs und der Eintheilungen des Dolus. S. 37. — „Mit vollem Rechte, sagt er, bleibt der Gesetzgeber bei der äussern Seite der Handlung stehen, und bestimmt hiernach, sobald einmal die Imputabilität der Handlung ausser Zweifel

Liegt diese nicht offenbar in der Handlung selbst, oder läßt sie sich nicht mit den unmittelbar vorausgehenden Umständen in Verbindung bringen; so kann sie auch keiner fernern Untersuchung unterliegen, denn eine solche wäre unnütz, weil den Richter nur die wahre Ursache einer That interessirt, welche sie aber ausgemacht in derselben Voraussetzung juridisch nicht mehr seyn kann.

Es muß demnach bei Bestimmung der Kulpa auf bestimmte und unveränderliche Merkmale der Handlung gesehen werden, auf die Einsicht des Handelnden aber in das Kausalitätsverhältniß seiner Handlung und deren Effekt nur in so fern, als dieselbe keinem Zweifel mehr unterliegt, und mit den äussern Kennzeichen der That in genauer Verbindung steht.

Dem, daß die Kulpa auch Grade habe, will ich nicht widersprechen. Nach der Meinung mancher Kriminalisten kann der höchste derselben sich sogar bis in die Grenzen des Dolus verlieren, und der geringste dem bloßen Zufalle nahe kommen. Andere dagegen bestehen nicht nur auf dem strengsten Unterschiede zwischen Dolus und Kulpa, sondern finden zwischen Beiden sogar noch ein Drittes nothwendig in der Sache gegründet. — Ich glaube, daß auch der höchste Grad der Kulpa, als

ist, die Absicht, ob nämlich die überhaupt imputable Handlung dem handelnden Subjekte als *dolos* oder *kulpos* zuzurechnen sey.“ —

Ursache einer rechtswidrigen Handlung, diese nie zu krimineller, sondern nur zu polizeilicher Behandlung geeignet mache.

§. 30.

Auch dolose Handlungen können bloße Vergehen seyn.

Nicht immer ist eine Handlung, welcher ein Dolus zum Grunde liegt, schon deswegen Verbrechen — sie kann gar oft als ein bloßes Vergehen gelten, wenn sie nämlich nicht ein angebohrnes unersezliches, oder ein unmittelbares Recht angreift, sondern ihre Gesezwidrigkeit durch Nichterfüllung einer besondern Verbindlichkeit erhellt. Wenn also einer That Dolus untergelegt werden kann, und dieselbe doch nicht kriminell seyn will; so ist es ein nothwendiges Erfoderniß, daß ihr Zweck nicht den Grundbedingungen des politischen Lebens gefährlich seyn darf.

Das sich kreuzende Privatinteresse und die Stürme der Leidenschaften sind die gewöhnlichsten Veranlassungen zu Handlungen, welche zwar von einem subjektiv bösen Willen, aber noch von keiner gar gefährlichen Richtung desselben zeugen. Der Dolus regt sich, doch seine Wege sind nicht absolut und allgemein nothwendig verboten, sie führen hier nicht geradezu zum unvermeidlichen Umsturz der großen gesellschaftlichen Verfassung. Die untergeordneten Anstalten in dieser, die Mittel

ihrer Vollendung sind es, welche so leicht den kleinern Verletzungen ausgesetzt bleiben. Nur die gemeinschaftliche Glückseligkeit gefährdet das Vergehen, während das Verbrechen wirklich dieselbe nicht nur von mehrern Seiten untergräbt, sondern der Gesellschaft sogar noch ein besonderes Unglück bereitet. — Diese Schattirung giebt die Gränze zwischen Verbrechen und Vergehen. Zur Begehung jener wird immer schon ein größers Verderbnis der Moralität vorausgesetzt, und ist also natürlich ihre Erscheinung weit seltener, als die der Vergehen, wozu täglich vielerlei Anlässe vorhanden sind.

§. 31.

Vergehen ressortiren zur Polizei.

Es ist ganz und gar nicht gleichgiltig, gewisse Thatäufserungen bald mit kriminellem Präjudize, bald wieder mit polizeilichem Ernste zu erheben. Die Folgen dieses zweifachen Verfahrens sind ja ebenfalls zweifach; der kriminalisch Behandelte wischt die Schande einer solchen Untersuchung nimmermehr von sich ab; jeder in seiner Umgebung ist geneigt, ihm den Bürgerwerth und Bürgersinn abzusprechen, wenn er auch den Menschen um sich duldet. a) So bewährt sich denn in der Erfahrung jener Spruch: Semper aliquid haeret! Doch nicht also steht es um den, welcher notorisch

a) S. Gönner Arch. B. I. H. 1. pag. 36,

eben einer Polizeiuntersuchung unterlag. Diese kann seine Bürgerehre nicht verletzen; man geht so weit nicht, deswegen alles Vertrauen auf ihn aufzugeben.

Also schon dieser endlichen Folgen wegen, (der nächsten, nämlich der Strafen nicht zu erwähnen) ist es höchst bedenklich, den Vergehen ein anders Forum anzuweisen, als ihnen angemessen ist. Da Vergehen sich durchaus von Verbrechen unterscheiden, und diese ausschließlich zur Kriminalbehörde geeignet sind; so gehören jene denn ohne Widerstreit gleichfalls ausschließlich zum Ressort der Polizei. Denn eben sie ist ja organisiert zur Exekution der Strafgewalt des Staates, insofern dessen besondere Rechte auf Unterlassung gewisser zur mittelbaren Bewirkung seines Zweckes speziell verbotener Handlungen ihre Anwendung im konkreten Falle begründen. b)

Die Polizei ist der linke Arm der höchsten Strafgewalt, wenn die Kriminalbehörde ihr rechter ist. Wie bestimmt spricht Feuerbach die Bestrafung der Vergehen der Polizeigewalt zu, wenn er behauptet, daß jene vorhanden sind, sobald der Ungehorsam gegen ein erklärtes mit Strafen bedrohtes Polizei-Gesetz hervortritt!

Unstreitig hat die Polizei jedes Vergehen, welches sich als solches konstituiert, zu untersuchen

b) Vergl. Feuerbach Lehrbuch §. 22.

und zu bestrafen. Sie nimmt davon exklusive Notiz, und in ihr Verfahren darf sich weder die Kriminal- noch eine andere Behörde einmischen; denn sie ist einzig kompetente Richterin in dem Falle eines Vergehens. c) Ihre richtige Organisation bestätigt dieses.

So spricht der östr. Strafkodex (im II. Abschn. des II. Theils, Kap. I. §. 276.) die Gerichtsbarkeit in Ansehung der schweren Polizeiübertretungen d) den politischen Obrigkeiten zu, und räumt gerade diesen (§. 277.) das Recht des ganzen gesetzmäßigen Verfahrens mit dem eines Vergehens Beschuldigten ein. Insgemein soll, heisst es weiter unten (§. 282.) die Ortsobrigkeit e) das Ver-

c) Man vergl. oben §. 8. und 9.

d) Polizeiübertretungen — warum zwei Worte, wenn uns Eines zur richtigen Bezeichnung der nämlichen Sache hinreicht? — M. s. Hanamann a. a. O. S. 21. in der Note.

e) Die Lokaltäts-Behörde sollte immer die Orts-Polizei überhaben, möchte sie auch noch ein anders Amt mit dieser Obliegenheit verbinden. Man nehme den Wirkungskreis unsrer Landgerichte. Diese sind die Polizei-Civiljustiz- und Kriminalbehörde zugleich. Also würden die Vergehen immer kraft der Polizeigewalt bestraft. — Nach dem Code d'instruction criminelle gehören die délits vor das Civilgericht erster Instanz. Merkwürdig ist aber der Art. 179. wo es heisst: les tribunaux de pre-

fahren mit dem Beschuldigten vornehmen. Aber warum werden in diesem sonst so musterhaften Polizeikodex wieder so viele Ausnahmen gestattet?

§. 32.

— Allgemeine Uebersicht der Vergehen.

Es können hier nur die allgemeinen Rubriken der Vergehen angegeben, nicht aber jedes Vergehen besonders genannt werden; auch würde es zweckwidrig seyn, alle kulposen Handlungen, welche gegen absolut nothwendige Rechtsverhältnisse zerstörend wirken, und (wie aus dem Verlaufe der Abhandlung klar geworden seyn soll) doch bloße Vergehen sind, namentlich hier anzuführen. — Die grösste Schwierigkeit bei dem gegenwärtigen Unternehmen ist unstreitig diese, bei einem Gegenstande, dessen Verletzung bald Verbrechen, bald Vergehen seyn kann, die Grenzlinie zwischen dem Kriminellen und Polizeilichen genau zu ziehen. a)

mière instance en matière civile connaîtront en outre, sous le titre de tribunaux correctionnels, de tous les délits etc.

a) So z. B. hat die Zerstörung oder Entwendung eines fremden Gutes offenbar mehr den kriminellen Charakter an sich, als die blosse Beschädigung desselben. — Gar oft wird auch durch einen besondern Umstand das Vergehen zu einem Verbrechen umgekehrt. Man vergl. oben

Uebrigens muß hier noch besonders bemerkt werden, daß die Polizei nicht jedes Vergehen gleich *ex officio* zu beurtheilen habe; bei vielen darf sie erst einschreiten, wenn vor ihrem Tribunal darüber Klage gestellt worden, bei andern erst, wenn die unerlaubten Handlungen doch gewissermaßen den Charakter der Oeffentlichkeit an sich tragen, — wenn sie also z. B. Aergerniß gegeben haben.

I. Vergehen wider die Rechte der Persönlichkeit und des Eigenthums: 1.) wider die Geisteskräfte — Schwächung, dumme Erziehung, 2.) wider die Gesundheit — Schläge, Verwundungen, Ansteckung u. dgl. b) 3.) wider die Ehre — Schmähschriften, Schimpfworte u. dgl. 4.) wider das Eigenthum — Betrügereien a.) in Maafs und Gewicht, b.) in Feilschaften, c.) durch verbotenen Büchernachdruck, d.) durch falsches Spiel, und e.) Banquerout. — *II. Vergehen wider die Ordnung und Ruhe:* 1.) Störung öffentlicher Ruhe — Tumult und Auflauf, geheime Gesellschaften etc. 2.) Störung häuslicher Ruhe — a.) widerrechtliche Einschränkung der Freiheit in Bezug auf das Hausrecht von Seite der Hauseigenthümer gegen die Inwohner und um-

b) Mehr einzeln genannte Arten von Vergehen sehe man in der gedrängten Uebersicht der schweren Polizeiübertretungen nach dem österreichischen Gesetzbuche in Gönner's Arch. B. I. H. 2. S. 213. u. folg.

gekehrt, b.) Unfriedfertigkeit und Despotie α .) von Seite der Eheleute gegen einander, β .) von Seite dieser gegen die Kinder und umgekehrt. — III. *Vergehen wider den moralischen Wohlstand*: 1.) Unerlaubte Befriedigung des Geschlechts- triebes, a.) einfache Fornikationsfälle — Schwä- chung, Hurerei, Konkubinat, b.) qualifizierte Forni- kationsfälle — Ehebruch, vielfache Ehe, Blutschan- de, Sodomie etc. 2.) Beförderung dieser Ver- gehen — Kuppelei, Hurenwirthschaft. 3.) Hand- lungen gegen die öffentlichen Religions- verhältnisse — Störung des Gottesdienstes an- drer Glaubensgenossen u. dgl. — IV. *Vergehen wider den physischen Wohlstand*: — Wucher, Vor- und Aufkauf, Glücksspiele und Wetten u. dgl. — V. *Vergehen wider öffentliche Anstalten der Si- cherheit, Schönheit, Bequemlichkeit*: — Vergrei- fung an Meilenzeigern, Statuen, Alleen, an öffent- lichen obrigkeitlichen Anschlägen u. dgl. — VI. *Vergehen durch Verletzung besonderer Verbind- lichkeit gegen den Staat*: 1.) Dienstverge- hen — Bestechlichkeit, Despotie der Beamten ge- gen ihre Untergebene, Ueberschreitung ihrer Wir- kungskreise, 2.) Vergehen wider die beson- dere Pflicht der Treue — Selbstmord, Selbst- verstümmelung, unbefugte Auswanderung u. dgl.

Zweiter Titel.

Von den Strafen für Vergehen (Polizeistrafen.)

§. 33.

Allgemeiner Karakter der Polizeistrafen.

Da durch die besondern Anstalten im Staate das politische Leben seiner Bürger von Seite der Bequemlichkeit und des Vergnügens, von Seite der physischen und geistigen Kultur u. dgl. besonders gesteigert wird; so sind diese, wie wir schon oben gehört haben, streng verbunden, sich aller Handlungen zu enthalten, welche ihre Mitbürger im Genuße derselben bürgerlichen Vorthelle gesezwidrig stören könnten. Der Gegenhandlung als Verletzung dieser besondern Verbindlichkeit folgt die gerechte Polizeiahndung, welche analog gerade in der Entziehung solcher konventioneller Vorthelle bestehen sollte, welche die Verletzung bezielte.

Die Polizei hat es nämlich mit kleinern Verletzungen zu thun, welche nicht in einem direkten Angriff gegen den allgemeinen gesellschaftlichen Vertrag zu Konstituierung der natürlichen Rechte, sondern blos in einem indirekten — in einem Angriff gegen die mittelbaren Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft erscheinen. Deswegen muß sie bei Aufstellung ihres Mafsstabes für die anwendbaren Ahndungen die Analogie weislich zu Rathe ziehn;

dieser gemäß wird schwerlich ein anderer Grundsatz das Resultat einer solchen Vorsicht seyn, als folgender: „wer die Vortheile der bürgerlichen Gesellschaft geschmälert, sich an der Bequemlichkeit und allen Beförderungsmitteln des äussern Wohlstandes derselben auf widerrechtliche Art ver-sündigt hat, der muß in gerechter Folge eines solchen Betragens gleichfalls durch Verminderung oder gänzliche Entziehung eben derselben Vortheile proportionirlich leiden.“

Dieser Grundsatz rechtfertiget sich noch überdas in der Reflexion, daß es offenbar ungerecht seyn würde, denjenigen, welcher bloß einen mittelbaren Zweck der bürgerlichen Vereinigung zu zerstören suchte, eben so hart als den thätigen Feind des unmittelbaren Staatszweckes zu bestrafen.

Wer also im Besitze eines Rechtes dieses zum Nachtheil seiner Mitbürger mißbraucht, oder durch sein Gewerbe auf betrügliche Art Jemanden Schaden zufügt, was ist gerechter und zweckmäßiger, wenn er in jenem Falle seines Rechtes, in diesem des Gewerbes verlustig erklärt wird? Ein Gleiches ist es, wenn ein Mann den Pflichten seines Amtes oder seiner Würde zuwider handelt; dieser bekennt dadurch von sich selbst, daß er solcher Vorzüge nicht würdig sei. Wer durch Geld, oder Waaren, oder sonstiges Geräthe die mittelbaren Zwecke des Staates vereiteln will, was ist natürlicher, als daß man ihm diese gefährlichen Instrumente, die leidige Ursache seiner Straffälligkeit, ohne weiters abnehme, und um den Mißbrauch zu verhüten, für Ei-

genthum der Gesellschaft erkläre? Uebrigens dürfte der Erlös aus dergleichen Dingen besser zu besonders als zu allgemeinen Zwecken verwendet werden. a)

Der Code pénal (art. 9.) erklärt als Polizeistrafen (*peines en matière correctionnelle*), 1.) zeitlichen Arrest in einem Besserungshause, 2.) zeitliche Untersagung gewisser bürgerlicher und Familienrechte, 3.) Geldstrafe. —

Der österreichische Polizeikodex (§. 8.) führt unter dieser Kategorie auf: 1.) Geldstrafe, 2.) Verlust von Waaren, Feilschaften oder Geräthe, 3.) Verlust von Rechten und Befugnissen, 4.) Arrest, 5.) körperliche Züchtigung, 6.) Abschaffung aus einem Orte, 7.) aus einer Provinz, 8.) aus sämtlichen Ländern des österreichischen Staates.

Ich habe also hier von Geldstrafe, dem Arreste, und der Verweisung zu sprechen. Doch zuerst etwas Weniges über das besondere Prinzip der Polizeistrafen, und die Unstatthaftigkeit der Infamie.

a) Den ersten Anspruch auf dergleichen Dinge hat zuvörderst der durch das Vergehen Beschädigte — zur Entschädigung, dann die Staatskasse! Allein diese sollte sie ablehnen, und vielmehr andern dürftigen Anstalten zuweisen. Sehr schön bestimmt sie der österreichische Polizeikodex (§. 9.) für den Armenfond des Ortes, wo das Vergehen zur Erscheinung gekommen ist.

§. 34.

Prinzip der Polizeistrafen.

Dafs die Kriminalstrafen von den Polizeistrafen ganz verschieden seyn müssen, ist nun eine sehr begreifliche Sache. Es darf also auch bei ihrer Bestimmung durchaus nicht ein und dasselbe Prinzip vorherrschen — die Vertheidiger der gegentheiligen Meinung haben uns noch nicht genügende Gründe beigebracht. a)

Dafs die Kriminalstrafen nicht auf dem Besserungsprinzip beruhen können, habe ich oben (S. 81.) schon dargethan. Richtiger scheint mir dasselbe bei den Polizeistrafen zu gelten. Man will hier nicht dem Staatsbürger alle Rechte der bürgerlichen Gesellschaft entziehen, um — sein Unrecht ihm auf empfindsame Art wieder zu vergelten, sondern um ihn zu bewegen, derselben sich wieder würdig zu machen. Daher die *peine correctionnelle*, welche den dazu Verurtheilten zur Thätigkeit zwingt, und in den geeigneten Fällen so lange andauert, bis man von ihm sich versprechen kann, dafs er seine Freiheit und die Wohlthat der bürgerlichen Gesellschaft nicht missbrauchen werde. — Die Strafe darf darum auch nicht infamirend seyn.

a) M. s. Lotz über den Begriff der Polizei und der Staats-Polizeigewalt. S. 56. — Dagegen P. I. Haus diss. de potestatis politiae et criminalis nexu et differentia. Wirceb. 1799. S. 9. S. 18.

Die Polizei hat es ferner bei Anwendung ihrer Strafen nur mit solchen Subjekten zu thun, welche, wenn sie auch *dolos* gehandelt haben, doch weder Rechte des Staates, noch angebohrne Rechte der Privaten zu verletzen wagten, oder welche dergleichen Rechtsverletzungen nur aus Fahrlässigkeit oder Versehen sich zu Schulden kommen ließen. In Erwägung dessen muß sie also dem Strafbaren sein Unrecht gegen die bürgerliche Ordnung lebhaft vorstellen, ihn auch im Falle durch ernstere Mittel auf den rechten Weg zurückzubringen, und ihn so zum rechtlichsten Bürger wieder zu machen suchen. Sehr treffend sagt hierüber Montesquieu: b) „il y a des criminels, que le magistrat punit, il y en a d'autres, qu'il corrige; les premiers sont soumis à la puissance de la loi, les autres à son autorité; ceux-la sont retranchés de la société, on oblige ceux-ci de vivre selon les regles de société.“ — Bei Anwendung der Kriminalstrafen kann in der Regel keine strenge Rücksicht genommen werden auf das Subjekt des Verbrechens; allein die Polizei hat bei der Exekution ihrer Strafen allerdings darauf zu sehen. c)

b) *Esprit des loix*. Livr. 26. chap. 24. — Man s. auch Gönner's Arch. B. I. H. 2. S. 217.

c) Eine treffliche Reflexion über die Verschiedenheit der Strafübel für strafbare Subjekte aus verschiedenen Ständeklassen findet sich in Gönner's Arch. B. II. H. 3. S. 440.

Unstatthaftigkeit der Infamie.

Alle Polizeistrafen müssen auf Schonung der bürgerlichen Ehre berechnet seyn, sagt Gönner. a) Und es ist unlängbar; denn der Verlust der Ehre in Folge zugleich einer andern Strafe wird Unge-
rechtigkeit, weil er ein unersezlicher ist. Doch selbst die allgemeine öffentliche Meinung geht durchaus nicht dahin, die Strafen der Vergehen für infamirend zu halten, und so verfehlt sich ein Gesetzgeber gewiss, wenn er diesem Winke nicht folgen will.

Globig erkennt auf Schandstrafen auch bei Polizeivergehen. b) Er sieht in der Ehre, wie in dem Eigenthum, blos ein hypothetisches Recht, welches erst nach Errichtung einer bürgerlichen Gesellschaft allgemeine Anerkennung erhält, wenn auch schon ein Keim von Beiden im Stande der Natur vorhanden war. Er bringt also auf diese Art die Strafen, welche die eben genannten Gegenstände betreffen, konsequent unter sein aufgestelltes Prinzip bei Bestimmung von Polizeistrafen, welches in der Entziehung von verschiedenen aus der gesellschaftlichen Vereinigung herfließenden Vortheilen besteht. Allein da Globig selbst die Anwendung

a) Archiv, B. I. H. I. p. 38.

b) Vier Zugaben zu der gekrönten Preisschrift, S. 132. ff.
S. 295. ff.

der Schandstrafen bei Personen niedrigen Standes nicht für thunlich erachtet; so ist im Gegentheil meiner Meinung nach eine Schandstrafe für Personen höhern Standes gleichfalls nicht angemessen, weil dieselbe in diesem Falle zu empfindlich wirkte, als Folge eines bloßen Vergehens! — Ueberdies finde ich v. Globigs Meinung noch deswegen sonderbar, daß er die Schandstrafen (S. 134.) als selbstständige verfügt, und da sie von verschiedener Art seyn können, sie durchaus nicht in gewissem Grade bestimmt. c) — Globig sucht sich indessen auf eine Volksmeinung zu stützen. Er sagt (S. 176.): „kleinere aber niederträchtige Vergehen und Verletzungen der Sittlichkeit werden vorzüglich durch allgemeine Verachtung geahndet, während oft die größten Verbrechen mehr Mitleiden als Verachtung erregen, wenn sie aus einer erhabenen Leidenschaft entstehen, die man bei andern Umständen zu bewundern pflegt.“

Uebrigens will ich nicht in Abrede stellen, daß Vergehen allerdings auch demüthigende Strafen treffen können, jedoch dürfen diese keine Infamie nach sich ziehen. Abbitte, Verweis u. dgl. demüthigen nur, aber sie infamiren nicht im vollen Sinne des Wortes; deswegen sind sie auch hier anwendbar. Ueberhaupt sind ja Infamie und Schande, Infamie und Verachtung immer zweierlei.

e) Er macht zwar S. 136. eine Klassifikation, aber bei den einzelnen Polizeivergehungen spricht er nie ausdrücklich nach derselben, sondern immer im Allgemeinen.

Der österreichische Polizeikodex kennt nur den Verlust einer Würde, eines Amtes oder Gewerbes (§. 10.), wenn man diesen anders auch demüthigend nennen will, und die öffentliche Ausstellung als Verschärfung des Arrestes (§. 21.). Uebrigens verordnet er (§. 27.), daß die überstandene Strafe einer schweren Polizeiübertretung keine weitere Wirkung haben soll. —

Nach dem Code pénal (art. 9.) können auf ein délit gewisse bürgerliche oder Familienrechte zeitlich verloren gehn. Darunter kann auch die Suspension in Amt und Würden begriffen seyn. (art. 42. n. 3.)

§. 36.

I.) Geldstrafe.

Das Eigenthum der Bürger im Staate ist ein konventioneller Vortheil; der gesetzliche Verlust desselben ist also natürlich nicht so schmerzhaft und groß, als die Einbuße des Lebens oder der Freiheit. Man erringt und verliert wieder, beides oft auf schuldlose Art, wie es eben die Laune des Schicksals will; darum sind Vermögensstrafen mehr für Vergehen als für Verbrechen geeignet. Denn der reiche Verbrecher, wenn er nun auch zur Strafe all sein Habe verliert, ist er wohl unglücklicher daran, als viel tausend andere, welche zwar immer redlichen Wandels, aber ohne Mittel kümmerlich leben müssen? Oder sollte nur der Arme, gleiches Verbrechens überwiesen, seines

Lebens oder seiner Freiheit verlustig werden, weil er die Geldstrafe nicht erlegen kann? Nein! gleiches Verbrechen trifft gleiche Strafe! Von kriminellen Ahndungen gelte durchaus keine Loskaufung! Und als solche hat's den Anschein, weil nicht anzunehmen ist, daß nur die Reichen zu Verbrechen werden, welche — dieser Pönfall treffen könne, und also deswegen bei Vermögensarmen eine *mutatio poenae* eintreten müßte, die als kriminelle dann meines Erachtens in keinem Gleichmase stehn dürfte.

Anders ist es bei einem Vergehn. a) Dieses kann immerhin eine gewisse Geldstrafe treffen — und machte sich desselben ein Armer schuldig, so ist dafür leicht ein Surrogat zu finden. Ein Solcher könnte entweder durch Arrest oder durch un-

a) Daß unsere Vorahren fast alle Verbrechen, wenige ausgenommen, bloß um Geld strafen, mag sich zum Theil daher schreiben, weil sie ihrer Freiheit, einem gleich dem Leben unschätzbaren Gute zu den Zeiten, als das salische Gesez im Gefolge der *leges Bojuvariorum*, *Ripuariorum*, *Allemannorum* und Anderer sich bildete, noch nicht soweit entsagt hatten, daß sie Jemanden ein Recht über Leib und Leben einräumen wollten. Zum Theil kann aber auch das Wehrgeld, welches in den genannten Rechtbüchern nach Verschiedenartigkeit der Verbrechen in verschiedener Quantität bestimmt war, seinen höhern Grund in der Seltenheit und dem größern Werth des Geldes zur selben Zeit finden.

verlohnnte Arbeit die gebührende Ahndung verbüßen.

Die allgemeine Güterkonfiskation als für sich bestehende Strafe ist schwerlich ganz zu billigen. b) In dem Sanktionsdekrete des österreichischen Strafgesetzbuches ist auch dieselbe gänzlich abgeschafft, indem es ausdrücklicher Wille der Regierung ist, daß die Folgen der Strafe sowenig als immer möglich sich auf die schuldlosen Angehörigen verbreiten sollen. — Die franz. Gesetzgebung hingegen führte dieselbe, nachdem dafür in den Sizungen mit Stimmenmehrheit entschieden worden, wieder ein, aber nicht ohne Wahl und Vorsicht. „Il ne s'agit point, (heißt es in dem exposé des motifs pag. 37.) de faire revivre ce système de confiscation, qui, s'appliquant à une foule de délits communs, semblait n'exister que pour l'avantage du fisc ou des seigneurs haut-justiciers. — La confiscation n'est plus que juste quand, restreinte, comme dans notre Code, aux principaux crimes d'Etat et à la fabrication de la fausse monnaie, et ne s'exerçant d'ailleurs qu'après de fortes et nombreuses déductions au profit des familles, elle ne saurait plus être considéré que comme une faible et très - insuffisante représentation de l'indemnité due à l'Etat pour le

b) v. Globig und Huster a. a. O. S. 153. verwerfen sie durchaus. Auch Kleinschrod a. a. O. Th. III. §. 58. —

Auf gleich edlen und weisen Grundsätzen beruht das königl. baier. Edikt über die Konfiskationen.

M. s. Reggsbl. 1808. St. 49. S. 1937 — 1939.

vaste et inappréciable dommage qu'il a souffert.“ Auf sie allein wird gewöhnlich nicht erkannt, sondern la confiscation suivra ordinairement la peine de mort. — So wie schon die Lex Julia Majestatis der Römer verordnet, daß in perduellionis crimine, die L. un. C. de raptu virgin. daß bei der Entführung, die Nov. 12. C. 1. daß bei der Blutschande, die L. 2. C. de fals. monet. daß bei dem Münzverbrechen c) die Einziehung der Güter ohne weiters statt finden sollte, und diese Verordnung auch grösstentheils in der peinlichen G. O. Karls V. adoptirt worden; eben so steht gleichfalls nach dem Code pénal die Konfiskation auf allen jenen Verbrechen, die den Umsturz des Staates, seiner Verfassung oder des öffentlichen Wohles zum Zwecke haben. Voy. les art. 75. 76. 77. 81. 86. 87. 91. 94. 125. 132. 139. — In dem exposé des motifs sind übrigens die Gründe für die Konfiskation sehr schön auseinander gesetzt. Es ist auch in soweit dawider nicht viel aufzubringen, als selbst die Menschlichkeit die Strenge dieses Gesezes in der Anwendung wieder zu mildern beflissen seyn wird, und dem Kaiser das Recht zukömmt, über das konfiszierte Vermögen ganz oder zum Theil, zu Gunsten der Kinder oder Anverwandten des Verurtheilten zu verfügen. Für jeden Fall erhalten die Kinder die Hälfte ihres Pflichttheils.

c) Mani s. Guil. Hier. Bruckneri comment. de confiscatione bonorum in delictis. Jenae 1755. Das Gesez lautet: „Siquis nummos falsa fusione formaverit, universas ejus facultates fisco nostro praecipimus addici.“

§. 37.

2.) Arrest.

Nachdem oben bei der allgemeinen Bestimmung des Karakters der Strafen für Vergehen (§. 33.) vorzüglich auf Entziehung von blos bürgerlichen oder konventionellen Vortheilen erkannt worden; so möchte es hier eine inkonsequente Behauptung scheinen, daß nun auch das natürliche Recht der Freiheit durch ein Vergehen verpönt werden könnte. Allein wen die Strafe des Arrestes als Folge eines Vergehens trifft, der leidet wahrlich nur den Verlust eines konventionellen Vortheils — den der bürgerlichen Gesellschaft! Nachdem er die Ordnung, den Frieden derselben gestört, und ihr Wohl gefährdet hat; so ist dafür die zweckmässigste Strafe, daß er durch zeitliche Entbehnung ihrer Wohlthat — diese kennen lernen möge. a)

Dabei kann ihm aber sogar im Gefängniss b) Freithätigkeit nicht verwehrt werden. Es ist also

a) Man lese die treffliche Stelle, die hierüber in den *Motifs du C. P.* pag. 8. steht: quant à la privation temporaire de certains droits, je demanderai quelle peine plus convenable on peut infliger à celui qui, par exemple, aura troublé la paix et commis quelque délit dans une assemblée politique, que celle de lui en interdire l'entrée pendant un certain temps?

b) *C. P.* art. 40. „maison de correction — eine Anstalt von jenen Besserungshäusern, wie sie einmal ein Großherzog

mit dieser freien Wirksamkeit gewiss jenes natürliche Recht der menschlichen Freiheit gerettet. c) Daran scheitert deswegen jeder Einwurf von Inkonsequenz gegen mein oben aufgestelltes Prinzip für alle Polizeistrafen.

Ich brauche wohl kaum zu erinnern, wie sehr verschieden von dieser Ahndung die Kerkerstrafe in

von Toskana errichtet, und von Globig zur Beförderung der Nationalerziehung in Vorschlag gebracht hat, vielleicht eben so wohl verschieden, als von unsern gewöhnlichen Zucht- und Arbeitshäusern.

c) Den vortrefflichen Geist, welcher der französischen Gesetzgebung bald die Stimme von Europa gewinnt, bewährt der Code pénal wieder offenbar im art. 40. — durch den Zusaz: „selon son choix.“ Wer in Folge eines délit zur Strafe der Einsperrung verurtheilt worden, kömt in eine maison de correction. Da ist er gehalten zu arbeiten; aber es steht ihm frei, unter den dort eingeführten Beschäftigungen sich eine zu wählen. — Wer sich übrigens daran stossen wollte, daß ein solcher Sträfling doch arbeiten müsse, würde nur dem Müßig gange das Wort reden wollen. Zudem werden ja die Produkte der Thätigkeit eines jeden Sträflings verwendet (art. 41.), theils um die allgemeinen Kosten der Anstalt zu bestreiten, theils um nach Verdienst seine eigene Lage zu verbessern, theils um für ihn bis zur Zeit seines Austritts ein Kapital in Vorrath zu bringen — welche vernünftige und wohlthätige Verfügung!

krimineller Hinsicht sei. Der Zwang zu schweren Arbeiten (*travaux forcés*), die auch öffentlich verrichtet werden, und deswegen etwas Schimpfliches an sich haben, zeichnet diese sichtbar vor jener aus; denn der Polizeiarrest hat diese Eigenschaft nicht an sich. Und die Ketten, der schmähligh sprechende Beweis, daß die menschliche Freiheit als natürliches Recht untergegangen, — sie dürfen nur den Verbrecher belasten, und nicht den eines bloßen Vergehens Schuldigen!

Demnach scheint mir, daß der österreichische Polizeistrafkodex sich an den Charakter gerechter Polizeiahndungen verfehlt habe, wenn er (§. 12.) bei dem Arreste des zweiten Grades den Verurtheilten mit leichten Eisen zu belegen verordnet, da er doch im Kriminalkodex (§. 12.) bei dem ersten Grade der Kerkerstrafe als Folge eines Verbrechens eine gelindere Verfügung trifft. — Uebrigens setzt er beim Arrest des ersten Grades (§. 11.) schon fest, „daß dem Verurtheilten die Wahl seiner Beschäftigung überlassen bleibt, wenn er sich den Unterhalt aus eigenen Mitteln oder durch Unterstützung der Seinigen zu verschaffen fähig ist“ — wie aber, wenn letzteres nicht? Wird er da nicht eine Arbeit zur Bestreitung seiner Unterhaltskosten übernehmen müssen?

§. 38.

3.) Verweisung.

Zwar ist man heut zu Tage, nachdem die humanen Gesinnungen der koexistirenden Staaten ge-

gen einander hoch gediehen sind, fast allenthalben darüber einig, Verbrecher nicht mehr damit zu strafen, daß man sie über die Grenze führt; allein hier ist von der Orts- und Landes-Verweisung als gesetzlicher Folge eines Vergehens die Rede. Ich gestehe, daß jener kleine Staat, von dem man erzählt, daß die hochweisen Exekutoren seiner Strafgewalt einmal einem gefährlichen Diebe fünf Gulden mit dem Bescheide gegeben haben sollen, sich dafür über der Grenze hängen zu lassen, sich selbst keine geringere Sottise angethan, als dem benachbarten Staate, in welchem nun jener unbestrafte Verbrecher so zu sagen laut desselben Urtheils frech seine Räubereien fortsetzen konnte. Dergleichen Grenzüberweisungen durch eine Kriminalsentenz sind eine der höchsten Ungerechtigkeiten, welche man gegen einen benachbarten Staat verüben kann! Solche Urtheilssprüche verfehlen auch ihren Zweck, weil Verbrecher wenigstens gewisser Art, in Einem Lande schon einmal ergriffen und überwiesen, oft gern in ein anders sich verfügen, um dort wieder unerkant decto leichter ihr Unwesen treiben zu können.

Die Strafe der Landesverweisung also auf ein Verbrechen soll nie statt haben, ausgenommen, wenn der Verbrecher ein Ausländer wäre, und dann müßte er dem kompetenten Staate als solcher denunciirt und sicher tradirt werden. — Selbst als Folge eines Vergehens hat diese Strafe viel gegen sich; allein hier läßt sie sich einiger Massen rechtfertigen, wenn man sie nur unter ge-

wissen Umständen eintreten läßt. a) Denn immerhin ist es etwas anders um die Ortsabschaffung — als Urtheil über ein Vergehen. Die Folgen dieser sollen regelmäfsig in der Entziehung bürgerlicher Vorthelle bestehen. (§. 33.) Wer nun die bürgerliche Ordnung stört, wer nicht aus Liebe zu dieser — jeder groben Fahrlässigkeit sich enthält, der mag sich es selbst zuschreiben, wenn man ihn, als des schönen besondern Bürgervereins gefährlich, aus dem Schutze desselben verstößt, wenn man ihm die Vorthelle dieses einwohnerlichen Verhältnisses, welches er durch die oder jene Handlung zu stören sich nicht entblödete, oder wenn man ihm den Betrieb seines missbrauchten Gewerbes hierorts zur Verhinderung des ferneren Missbrauches verwehrt. — Von einer andern Seite betrachtet, ist ein solcher Ausspruch der Polizeibehörde oft nothwendig, wenn nämlich ein Fremder eines Vergehens überwiesen wird, welches sich bald entweder als heillose Geburt des leidigen Müßigganges, oder als ein Zeichen der Unmöglichkeit oder Beschwerlichkeit seiner Annäherung zum Einwohnerverhältniss beurkundet. Wie oft kann nicht die Oertlichkeit Veranlassung zu Vergehen werden! Also weg von hier zu seinem Besten — an einem andern Orte mag er das

a) Zu meinem Vergnügen finde ich in dem östr. Polizeikodex (§. 17.) festgesetzt, daß die Abschaffung aus den sämtlichen Provinzen des österreichischen Staates nur gegen Fremde erkannt werden könne.

tauglichste Mitglied der Gesellschaft seyn! Weg von hier zum Besten der Eingebornen — diesen ist die Lokalitätsbehörde schuldig, ihre Wohlfahrt insbesondere gegen Fremder Gefährlichkeit zu sichern.

Endlich kommt hier auch noch zu bemerken, daß ein Verbrecher, den böser Vorsatz zu böser That verleitete, für den Staat, welchem von seinem bestrafenden Nachbar derselbe zugewiesen worden, b) eine weit gefährlichere Acquisition sei, als ein solcher, der eines bloßen Vergehens wegen gezwungen wird, einen fremden Aufenthaltsort sich zu suchen. Man kann also wenigstens nicht von großer Ungerechtigkeit und Inhumanität der koexistirenden Staaten gegen einander sprechen, wenn man die Verweisung bloß auf Vergehen setzt; insbesondere 1.) wenn die Strafe Fremde trifft, und 2.) in geeigneten Fällen bloße Orts-Verweisung eintritt. Ich verhehle indessen meinen Wunsch und meine Ueberzeugung nicht, daß diese Strafe besser selten angewendet werden möchte!

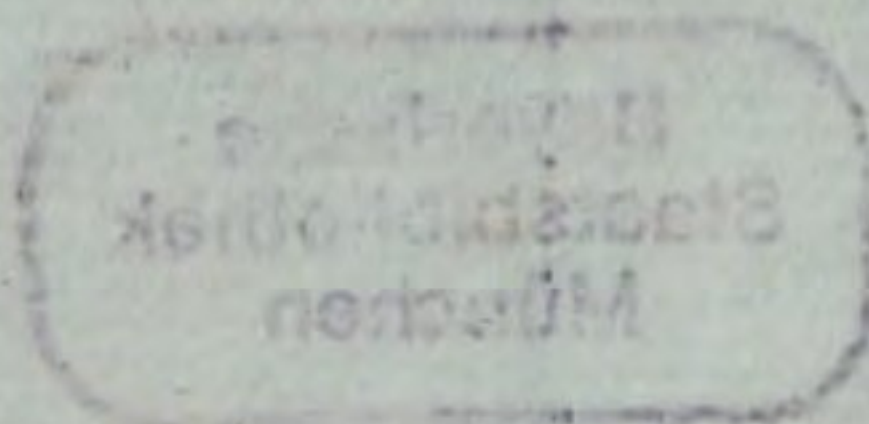
b) Wenn schon der Verbrecher nicht bestimmt in dieses oder jenes Land zum Aufenthalt angewiesen werden mag; so läßt der Ausführungsakt, welcher immerhin an einer bestimmten Gränze geschehen muß, doch keinen Zweifel mehr übrig, welcher fremden Provinz der Sträfling zugedacht werde.

S c h l u s s.

Es ist eine im Leben tief erkannte und gefühlte Angelegenheit, daß der Betrieb der bürgerlichen Geschäfte, die Versicherung ungetrübter Bequemlichkeit und der Harmonie im allseitigen Verkehre der Menschen kein widriges Hinderniß mehr finde. Allein der Wirklichkeit dessen können wir uns so lange nicht erfreuen, bis nicht — die verschrieene Polizeiwillkür ihre grundlose despotische Kraft verlierend untergehe. Die Freiheit der Staatsunterthanen selbst ist dadurch am ersten gefährdet. Liegt es denn nicht — ohne einen Polizeikodex — bisher noch immer in der Willkür, in der Thätigkeit des Lokalbeamten, welchem da die Polizeigewalt übertragen ist, diese oder jene *poenam arbitriariam* auf ein ihm vorkommendes Vergehen zu diktiren, oder es unbestraft hingehen zu lassen? Ist er nicht auch für seine Person in der Gefahr, bei mancher Gelegenheit seinen Wirkungskreis zu überschreiten, und auf diese Art selbst strafbar zu werden? ... Nebst einem neuen Kriminalgesetzbuch ist also ein Polizeikodex ein gleich stark gefühltes Bedürfnis, dessen Befriedigung auch bereits unsre weise Regierung versprochen hat. Es ist übrigens sicher zu erwarten, daß in Erwägung der wesentlichsten Vorzüge der oft angezogenen Muster (des österreichischen und französischen Strafgesetzbuches), welche unstreitig in der scharfen Trennung der Ver-

brechen von den Vergehen bestehn, dieser Unterschied auch in dem neu angekündigten Strafgesetzbuche für das Königreich Baiern zum Grunde gelegt werde. Möchte die Abhandlung einen Beitrag zum vollständigen Beweis der Nothwendigkeit desselben Unterschiedes geliefert haben!

brechen von den Vorgehen besteht, dieser
 Unterschied auch in den angegebenen Stufen
 geschoben für das künftige Fortschreiten zum Grund
 gelegt werde. Möchte die Abhandlung einen bei
 dem zum vollständigen Beweis der Nothwendigkeit
 deselben Unterschiedes geführt haben.



Reber, Franz Xaver,

Ueber den Begriff von Verbrechen und Vergehen und deren rechtliche Folgen
ein Versuch

Landshut 1810

Bibl.Mont. 5113

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10726484-6